

**Zeitschrift:** Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde  
**Herausgeber:** Historische und Antiquarische Gesellschaft zu Basel  
**Band:** 31 (1932)

**Artikel:** Briefwechsel zwischen Philipp Anton v. Segesser und Andreas Heusler-Ryhiner 1842-1867  
**Autor:** His, Eduard  
**Kapitel:** Briefe 81 - 100  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-114468>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 23.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

immerhin jedoch in dem Sinne, daß Sie dieselben als Notizen betrachten, nicht als Artikel: ich kann auf diese Weise viel vertraulicher, offener und rücksichtsloser sprechen.

Entschuldigen Sie... meine Eile; wir haben die Schlußsitzung, in welcher es wie gewöhnlich etwas bunt hergeht.

81. *Segesser an Heusler.*

Luzern, 30. Dezember 1851.

Wenn ich an mein von Bern aus gemachtes Versprechen zurückdenke, Ihnen nach meiner Rückkehr nach Hause etwas geordnetere Notizen über meine Wahrnehmungen während der letzten Session mitzuteilen, so muß ich beinahe bereuen, diesen Ausdruck gewählt oder etwas versprochen zu haben, was mir zu halten schwer ist. Denn erstlich bin ich in eidgenössischen Dingen Pessimist und die dadurch bedingte Stimmung geht mir in Luzern nach wie in Bern, und es kostet mich außerordentlich viel Mühe, wenn ich einmal die Nydeckbrücke<sup>319)</sup> wieder hinter mir habe, an gemeineidgenössische Sachen auch nur zu denken. Dann ist der kleine Rest politischen Lebens, der noch in mir zurückgeblieben ist, so eminent kantonal, daß die betrübten Zustände meiner engern Heimat mich dermaßen absorbieren, daß ich alle öffentlichen Verhältnisse stets in ihrem möglichen Zusammenhang mit denselben anzuschauen geneigt bin. Deshalb bin ich im allgemeinen ein zerstreuter und wenig aufmerksamer Beobachter, dem das Wichtigste — das lebendige Interesse — fehlt. Indessen will ich doch versuchen, in einem allgemeinen Rückblick meine von Bern aus Ihnen übersendeten Notizen noch einigermaßen zu vervollständigen.

Es scheint mir allerdings unleugbar, daß sich eine Art Reaktion, — ich möchte es aber lieber ein Bedenken, ein Stutzen nennen — da und dort gebildet hat, gegen das maßlose Vorschreiten der Zentralisationsideen, gegen die damit verbundene Entwicklung einer bisher in der Schweiz noch unbekannten Bürokratie und gegen die dadurch bedingte bedenkliche Steigerung des Budgets. Das Auftreten dieser Be-

---

<sup>319)</sup> Brücke über die Aare in Bern, Route nach Luzern.

denklichkeiten geht dem 4. Dezember<sup>320)</sup> voran und hängt mit demselben nicht zusammen. Allein ich glaube nicht, daß dieses Bedenken, wenn es auch seine Wortführer in der Nationalversammlung zum Teil unter den radikalsten Gliedern, wie Hungerbühler und Hoffmann<sup>321)</sup>, hat, zu Resultaten führen werde. Denn es greift an die Grundlage des neuen Bundes, es geht gegen eine Entwicklung, welche unmittelbar aus dessen Prinzipien fließt, seine notwendige Folge ist. Dieses Gefühl lebt instinktmäßig in all den hausbackenen Naturen, welche die Unbehaglichkeit dieser Entwicklung vollkommen anerkennen. Sie sind gefangen durch das *Noli me tangere*, welches man ihnen bezüglich dieser ganzen Bundesgeschichte einzutrichtern mit so vielem Erfolg verstanden hat. Aber auch die hellern Köpfe unter den östlichen Radikalen, die die übermäßige Schnelligkeit des Ganges bekämpfen, müssen in ihrer Opposition bei einzelnen stehen bleiben, inkonsequent erscheinen; sie dürfen begreiflich die Axt nicht an die Wurzel legen, weil sie ihr eigenes Werk vernichten müßten: sie gleichen dem Hans Schnell<sup>322)</sup>, welcher glaubte, der Revolution Halt bieten zu können, sobald er es für gut erachte. Konservative Opposition findet sich, abgesehen davon, daß sie nicht beachtet wird, in gleicher Lage. Ist sie dem neuen Bund zugetan, so muß sie dessen Konsequenz bekämpfen; ist sie ihm abhold, so stößt sie von vorneherein auf den teils durch Ermüdung, teils durch Betrug und Volksverdummung hervorgebrachten Fetischismus. Auch bei dieser Lage kehren meine Blicke sich manchmal zurück auf die Erlebnisse in der kleinen Heimat. Wie vielfach wurde nicht im Jahre 1846 in allen Schichten unseres Volkes gefühlt, daß das System Siegwarts uns in immer bedenklichere Konsequenzen hineinführe; allein wir waren einmal in dem Labyrinth drinnen und niemand fand den Weg heraus, aus gleichen Ursachen, wie jetzt in der Eidgenossenschaft!

In unsern eidgenössischen Verhältnissen wird man nun

<sup>320)</sup> Staatsstreich Louis Napoléon Bonapartes, 1851, vgl. hievor Nr. 79.

<sup>321)</sup> Joh. Math. Hungerbühler (1805—1884), Joseph Hoffmann, st. gall. Reg.- u. Nationalräte.

<sup>322)</sup> Hans Schnell (1793—1865), von Burgdorf, Prof. in Bern, beteiligt an der Berner Regeneration 1830/31, Bruder des lib. Führers Dr. Karl Schnell.

eine Politik des Verkleisterns, des Simulierens, des Heuchelns sehen, wozu die Männer, die an der Spitze stehen, trefflich geeignet sind, ihre Schule gemacht haben. Jenes Stutzen ob der Schnelligkeit des Ritts, jene Überraschung, die ob so überschwenglicher Entwicklung des Zentralisationsprinzips sich im Osten und im Westen äußert, ist allerdings den Männern der Gewalt nicht verborgen geblieben: ihr Mund wird daher überfließen von Föderalismus, von Ökonomie, von Freihandel usw., möglich, daß sogar die Maßregeln einige Zeit hindurch stille stehen oder bescheidenere Formen annehmen und einige Entwürfe zeitweise in die Ruhe des Portefeuilles zurückkehren, bis die Aufregung und Besorgnis wieder etwas eingeschlafen ist. Allein im ersten Augenblicke, wo man sich sicher fühlt, wird alles wieder vorwärts gehen.

Auf diese Situation hat das Ereignis vom 2. Dezember<sup>323)</sup> einen Einfluß, welcher den Männern der Gewalt gelegen kommt, so sehr sie die äußere Gefahr, die damit verbunden sein könnte, vielleicht in Besorgnis setzen mag.

In allen Fraktionen der radikalen Partei, in den gemäßigten, wie in den roten, hat nämlich der Umschwung in Frankreich das Gefühl einer ihnen allen, ihren Schöpfungen, ihrem durch so viele Frevel errungenen Besitz drohenden Gefahr erweckt, das Gefühl ungefähr, welches Diebe und Diebshehler ergreift, wenn sie von ferne die Polizei sehen. Die Folge eines solchen gemeinsamen Gefühls ist — vollkommenes Sichaneinanderschließen, bis die Gefahr vorüber ist, Verzicht auf jeden besondern Weg, den man wohl gehen möchte, aber weil auch das Schuldbewußtsein ein gemeinsames ist, nicht gehen kann.

Und in der Tat hat sich dieses gegenseitige Entgegenkommen der beiden Fraktionen des Radikalismus nach dem 4. Dezember in der Bundesversammlung deutlich gezeigt, in Wahlen und auch in der Schlußrede des Präsidenten Trog<sup>324)</sup>, die ein offener Friedenschluß mit der extremen Linken ist. Der 4. Dezember hat also allerdings eine Annäherung in der Nationalversammlung bewirkt, aber nicht eine An-

<sup>323)</sup> Gemeint ist der Staatsstreich Louis Napoléons.

<sup>324)</sup> Nationalrat Joh. Trog (Solothurn), 1807—1867, nachher Centralbahndirektor.



näherung der gemäßigt Radikalen an die Konservativen, sondern eine Annäherung der beiden radikalen Fraktionen unter sich und zwar — natürlich nach der Lage der Dinge — im Sinne des Zentrums. Richtig ist ferner, daß man auch versucht hat, Konservative, die man zugänglich glaubte, zu diesem konzentrischen Manöver mitzuziehen, und daß es teilweise zu gelingen schien. Allein die Schlußrede hat den guten Leuten unerwartet schnell den Star gestochen. Nach innen und außen wird nun eine Zeitlang das Kommando: Auf der Stelle Marsch unter obligatem Posaunenklang von Neutralität, Loyalität, Mäßigung, Versöhnung besorgt werden, ohne daß jedoch eine einzige konkludente Handlung erfolgt; und wenn dann die kritische Stunde vorbei ist, so wird man sachte wieder in das Reaktions-, Interventions- usw. Geschrei übergehen und den alten Weg suchen, unter dessen Geräusch und Geklapper dann auch die Zentralisations-tendenz wieder ihren sichern Fortgang findet.

*In einer unlängst erworbenen Sammlung von Manuskripten, Inkunabeln und alten Druckwerken möchte er einige Stücke, die ihn weniger interessieren, verkaufen. Unter diesen befindet sich ein Basler Druck von 1525, Kleinoktav- oder Großduodezformat, betitelt: Les choses contenues en ceste partie du nouveau testament, une Epistre exhortatoire, l'évangile selon S. Matthieu, S. Marc, S. Luc, S. Jehan. usw. Könnte dieses Stück in Basel, wo alte Basler Drucke gesammelt werden, verkauft werden?*

## 82. Segesser an Heusler.

Bern, 12. Januar 1852.

Ich schicke Ihnen beiliegend einen längern Aufsatz über die St. Urbansangelegenheit<sup>325</sup>). Die Treulosigkeit, mit wel-

<sup>325</sup>) Darüber nichts Ausführliches in der „Basl. Ztg.“. Das Zisterzienserkloster St. Urban (Kt. Luzern), das laut Vertrag mit dem Kanton Luzern eine Schullehrerbildungsanstalt enthielt, war nach dem Sonderbundskrieg vorerst bestehen gelassen worden. Noch im Febr. 1848 schrieb die Luzerner Regierung, sie werde sich bemühen, auf Beseitigung aller Hindernisse für die Neuwahl des Abts hinzuwirken. Aber am 8. März 1848 beantragte der Radikale J. R. Steiger die Aufhebung des Klosters im Gr. Rat. Da aber das Kloster ein Vermögen von fast 3 Millionen Fr. besaß, beschloß der Gr. Rat am

cher unsere Regierung in der Sache gehandelt hat, sollte denn doch aktenmäßig zutage gelegt werden. Finden Sie den Aufsatz zu lang — noch fehlt eine summarische Darstellung der Sitzungen des Großen Rates vom 5. und 8. (?) Jänner — oder finden Sie selben nicht angemessen für Ihre Leser, da er ein Kloster betrifft, wofür sie keine Sympathie haben können, so schicken Sie mir ihn zurück; ich werde suchen, ihn in der „Schwyzerzeitung“ anzubringen. *Wesentliche* Auslassungen würde ich ungern sehen, Ecken abzurunden und Spitzen ein wenig zu glätten, sollten Sie im Aufnahmefalle vollständig ermächtigt sein. Die Sache berührt mich und unser ganzes Volk, mit Ausnahme der herrschenden Koterie, sehr empfindlich.

83. *Segesser an Heusler.*

Bern, 12. Januar 1852.

Beifolgend Fortsetzung und Schluß des Aufsatzes, dessen Anfang ich Ihnen gestern übersandte. Das Ding ist lang geworden, allein ich wollte es vollständig machen, wäre es auch nur als Gedenkblatt für mich... Sie sehen, es ist interessant hergegangen und Personen und Sachen erscheinen in interessantem Lichte. Cunier<sup>326</sup>) bekommt nun hier kein Geld, die öffentliche Meinung ist sehr gegen diesen Kauf; man erwartet, die Hildburghäuser Druckerei werde nach St. Urban kommen. Er soll sich nach Basel wenden wollen, um Geld zu erhalten. Könnte man ihm den Riegel stoßen, so bekäme unsere Regierung eine famose Schlappe.

84. *Segesser an Heusler.*

Luzern, 17. Februar 1852.

Ich übersende nach langem Stillschweigen Ihnen bei-

13. April 1848 Aufhebung des Klosters und Konfiskation seines Vermögens. Vorher (9. Feb.) war ihm noch eine Kontribution von Fr. 500 000 abgenötigt worden (zur Tilgung der Kriegsschuld).

<sup>326</sup>) Direktor Cunier (Schweizer. Nationalversicherungskasse in Bern) machte der Luzerner Regierung am 7. März 1851 ein Kaufangebot für St. Urban (Fr. 900 000 a. W.); er erwarb die Güter, samt dem berühmten Chorgestühl. Segesser sah darin finanziell eine Verschleuderung (vgl. Segesser, 45 Jahre Staatsdienst, S. 125; K. Müller, S. 146 f.).

liegend zwei Einsendungen in die „Basler Zeitung“, bitte Sie aber, besonders die längere über das Münzwesen<sup>327)</sup> Ihrer Durchsicht zu unterwerfen, um allfällige faktische Irrtümer, die bei meiner wenigen Bekanntschaft mit diesem Fache leicht unterlaufen sein könnten, zu berichtigen.

Beilage I: *Luzern, 16. Februar (1852)*. Die Münzverordnung, welche der Regierungsrat, gestützt auf eine Vollmacht des Großen Rates, am 11. Hornung erlassen hat, erregt vielfaches Aufsehen in der Handelswelt und im Publikum überhaupt. Dieselbe erlaubt den Gebrauch der deutschen Zwei- und Einguldenstücke, Kronenthaler und Zwanziger unter gegenseitigem Einverständnis bei den Kassen und in allem Privatverkehr bis Ende des Jahres 1852, aber setzt für das Ausgeben und Einnehmen derselben *über* oder *unter* dem aufgestellten Tarif Strafbestimmungen, die für geringere Fälle, d. h. wenn die Summe des angenommenen oder ausgegebenen Geldes nicht 200 Fr. n. W. übersteigt, den Kontrahenten 3—70 Fr. Geldbuße, für höhere Summen oder gewerbsmäßigen Wechsel die Strafe des Wuchers androht...

*Segesser wendet sich nun gegen einzelne Tarifierungsgrundsätze der neuen Verordnung...*

Zieht man in Betracht, daß die Masse des umlaufenden Geldes im Kanton Luzern in Guldenstücken besteht, so ist man im Falle, den unermesslichen Verlust zu übersehen, welcher aus einer solchen Tarifierung dem Volke erwächst, und gleichzeitig die Hemmung des Verkehrs zu bemessen, welche durch die scharfen, zu jeder möglichen Plackerei Tür und Tor öffnenden Strafbestimmungen des Dekrets auch für größere Verhältnisse entsteht. Denn einerseits sind diejenigen, welche Zahlungen nach Frankreich zu machen haben, bei den gegenwärtigen Kursverhältnissen oft nicht imstande, sich gegen Gulden zum aufgestellten Tarif französisches Geld oder Papier zu verschaffen, und jedes Diskontogeschäft kann nach dem Dekret als Wucher bestraft wer-

<sup>327)</sup> Die Frage der Münzeinheit in der Schweiz und der Sieg des französischen Frankens war schon im April 1850 in der Bundesversammlung entschieden; das weitere waren Ausführungsbeschlüsse, denen Segesser einen verspäteten Widerstand leistete.

den, wenn sich ein Angeber findet. Andererseits begreifen auch die Kleinkrämer, die mit den östlichen Kantonen und Deutschland verkehren, nicht, warum sie nicht das deutsche Geld zu demjenigen Werte anzunehmen berechtigt sein sollen, in welchem sie es für ihre Zahlungen wieder gebrauchen können. Mit einem Wort, Verlegenheiten ohne Zahl entstehen, schwere Verluste treten zwecklos ein durch solche sonderbare Maßregeln, die neben dem Bestreben, die unbedingte Ergebnisheit gegenüber den Bundesbehörden in einem recht glänzenden, selbst Zürich überstrahlenden Maße zu zeigen, beinebens auch von der hohen Weisheit Zeugnis geben, welche unsere kantonale Finanzwirtschaft charakterisiert.

Beilage II: *Luzern, 17. Februar (1852)*. Der Gedanke einer National-Subskription behufs Tilgung der Sonderbundschuld<sup>328</sup>), welcher von Genf ausgegangen, einen unerwartet günstigen Anklang gefunden hat, wird auch hier als der erste Schritt einer Annäherung an die Besiegten freundlich begrüßt. An die Herren Standeshäupter und andere Personen sollen bereits Einladungen zur Subskriptionseröffnung gelangt sein. Allein es will uns scheinen, der Zweck des Unternehmens bringe es nicht mit sich, daß auch in den Kantonen des ehemaligen Sonderbundes eine aktive Beteiligung an demselben stattfinde. Der schöne Gedanke geht dahin, durch Teilnahme an der Kostenzahlung die den Besiegten auferlegten Lasten zu erleichtern, ohne der eidgenössischen Kasse den zu erwartenden Vorteil zu schmälern. Deckt der Ertrag der freiwilligen Subskriptionen die restanzliche Forderung der Eidgenossenschaft nicht, so bleiben immerhin die Sonderbundskantone für den Rest rechtlich verpflichtet, sofern nicht ein Nachlaß ausgesprochen wird. Die Sonderbundskantone werden also als

<sup>328</sup>) Segesser hatte schon 1851 im Großen Rate beantragt, Luzern solle, wie die andern Sonderbundskantone, bei der Bundesversammlung den Erlaß der Kriegsschuld nachsuchen. Aber der liberale Finanzdirektor Ed. Schnyder erklärte, dies sei eine „Ehrenschild“ (vgl. Segesser: 45 Jahre Staatsdienst, S. 127, K. Müller, S. 220, 266). Die von liberalkonservativen Genfern angeregte private Nationalsubskription hatte ein dürftiges Ergebnis; es betrug Fr. 265 000 (vgl. E. Gagliardi, A. Escher, S. 212 f.). Der Nachlaß wurde von der Bundesversammlung 1852 bloß für den Rest der Schuld aller Sonderbundskantone (Fr. 3 334 000) beschlossen (vgl. Ed. Fueter, Die Schweiz seit 1848, S. 64).

solche immerhin zum Zahlen kommen, sei es durch direkte Beisteuern ihrer Bürger, sei es durch diejenigen Mittel, welche die Kantonsregierungen zu diesem Zwecke zu Handen genommen haben. Tritt dagegen ein völliger Nachlaß des durch die Nationalsubskription nicht gedeckten Restes ein, so ist die edle Absicht der Gründer des Unternehmens umso vollständiger erreicht, ohne daß deshalb gesagt werden könnte, die Kantone des ehemaligen Sonderbundes haben dazu nichts beigetragen; denn alle ohne Ausnahme haben schon sehr bedeutende Zahlungen geleistet. Eine Teilnahme der Bürger der Sonderbundskantone an der vorgeschlagenen Nationalsubskription scheint uns also dem Zwecke des Unternehmens entgegenzulaufen und wäre, richtig angesehen, nichts anderes, als eine freiwillige Steuer an die subsidär zahlungspflichtigen Kantonskassen.

85. *Segesser an Heusler.*

Luzern, 21. Februar 1852.

*Er dankt für einen (nicht mehr erhaltenen) Brief vom gestrigen Tage; er habe befürchtet, seine Briefe seien etwa aufs Luzerner Postbureau gelangt, was ihm unangenehm gewesen wäre. Er begreift, daß Heusler gegen Aufnahme seiner Artikel<sup>329)</sup> Bedenken trägt; er hält sie selbst für die „Basler Zeitung“ nicht für ganz passend... „die Einsendung geschah nur darum, weil ich in die hiesigen miserabeln Blätter gar nicht mehr schreiben mag.“*

Hinsichtlich des Münzartikels gehen halt ich und Herr Von der Mühl<sup>330)</sup> von ganz verschiedenen Tendenzen aus. Er will dem Bundesgesetz Durchführung verschaffen, ich möchte es in die Westschweiz zurückdrängen und der mittlern und östlichen Schweiz den Verkehr mit dem deutschen Gelde freihalten und gehe diesfalls mit der „Neuen Zürcher Zeitung“ einig. Er möchte die Gulden mit möglichst geringem Schaden loswerden, ich möchte des französischen Fußes mit mög-

<sup>329)</sup> Vgl. Nr 84, Beilagen.

<sup>330)</sup> Der konservative Basler Handelsherr und Finanzpolitiker Joh. Georg Von der Mühl-Burckhardt (1789–1853), der Vorkämpfer der progressiven Einkommenssteuer. Er hatte 1851 in der Basler Gesetzgebung und Verwaltung die Münzreduktion zu begutachten und vorzubereiten (vgl. Ed. His: Basler Handelsherren, S. 33–56).

lichst geringem Schaden loswerden, der sich auf die Länge bei uns doch nicht halten wird.

Hinsichtlich der Nationalsubskription<sup>331)</sup> kann ich auch Ihrer Ansicht beitreten...

Es dürfte vielleicht gut sein, wenn die Konservativen, die sich z. B. gerade in Basel an der Subskription beteiligen, die Bedingung stellen würden, daß in Luzern die Kontribution der Altgroßräte nicht eingezogen, in Freiburg die Kontributionen restituiert werden sollen usw., sonst werden nur die Staatskassen erleichtert, die Bürger leiden gleich.

Hinsichtlich des Notenlärms<sup>332)</sup> denke ich wie Sie, das Ganze sei wieder einer jener ordinären Frühlingsgriffe, vor welcher sich der s. v. Bundesrat jeweilen mit lammesfrommer Mine duckt, um, wenn die Gefahr verschwunden, mit umso größerer Majestät sein Haupt wieder zu erheben und das Licht seiner Weisheit vor löblicher Eidgenossenschaft bewundern zu lassen.

Was dann die Mittel zu unserer Genesung anbetrifft, so sind wir, nach wie vor, ungleicher Ansicht: wir wollen uns darum aber nicht mehr entzweien noch erhitzen. Als Exsonderbündler glaube ich mich vollkommen berechtigt, meinen Patriotismus auf mein engstes Vaterland zu konzentrieren. Ich sehe gar kein Element gesunden Lebens in unserer neuen Helvetik<sup>333)</sup>, woraus eine Regeneration von innen hervorgehen könnte. Alles wird systematisch entrepublikanisirt, das Volk zur Indifferenz, die Presse zu bedeutungslosem Phrasenmachen geführt, politische Bildung des Volkes und religiöse Wärme im schmutzigen Schlamme des eidgenössischen Bürokratismus ertränkt. Was vermögen gegen ein solches nicht ohne autokratisches Talent durchgeführtes, von materieller Macht unterstütztes System, gegen welches nicht einmal die Konservativen, ohne in Verdacht des Hochverrats gegen den Fetsch von 1848 zu geraten, ernsthaft auftreten dürfen, partikuläre Aufwallung, wie der Großratsbeschluß von Waadt

---

<sup>331)</sup> Vgl. hievor Nr 84, Beilage II.

<sup>332)</sup> Diplomatischer Notenwechsel wohl mit Frankreich wegen der Flüchtlinge in Genf. Eidg. Kommissäre (Dr. J. K. Kern u. a.) verhandelten hierüber mit James Fazy, dem Regierungshaupten von Genf.

<sup>333)</sup> So nannte Segesser wiederholt den 1848 begründeten Bundesstaat.

und die Nationalratsreden des Herrn Hoffmann<sup>334)</sup>? Sie werden mit sich selbst inkonsequent und tragen deshalb ihre Erfolglosigkeit in sich selbst.

Wir können nur zu einem schweizerischen Leben wieder gelangen durch Herstellung des im wahren Föderalismus wurzelnden Gleichgewichts, welches jahrhundertlang unser Bundesgebäude aufrecht gehalten hat und welches bei den Friedensschlüssen nach den innern Krisen des 17. und 18. Jahrhunderts mit richtiger Politik selbst von den Siegern ist aufrecht gehalten worden. Von diesen Grundlagen hat man sich nach dem Sonderbundskriege entfernt: man hat das Gleichgewicht über den Haufen geworfen, den Schwerpunkt in eine Gewalt gesetzt, der zur Monarchie nur der Name fehlt.

Wer soll uns auf den richtigen Standpunkt zurückbringen? Die Intelligenz derer, welche jenen monströsen Neubau aufgeführt haben? Aber die stürzen ihr eigenes Werk nicht; es ist ihr Haus, in dem sie als die Herren die Belétage bewohnen. Oder die nachwachsenden Geschlechter? Diese wachsen in bürokratisch-absolutistischer Atmosphäre auf und geben vortreffliche Untertanen, zumal wenn noch die schweizerische Universität<sup>335)</sup> der Sache die Krone der Vollendung aufsetzt! Nein! wir müssen als Helvetik sterben, wenn wir als Schweiz wieder auferstehen sollen!

PS. Herr Prof. Kopp<sup>336)</sup> hat plötzlich Reformpläne für die Schweizerische historische Gesellschaft und ich sollte ihm als Präsident dafür zu Gevatter stehen. Er möchte namentlich die Vorsteherschaft verändern und ihr die Redaktionskommission und Regestenredaktoren unterwerfen. Ich sollte diese Gedanken in einem Zirkular den Mitgliedern ad instruendum mitteilen. Sie kennen diesen wunderlichen Kauz. Biete ich nicht Hand, so verderbe ich's mit ihm, tue ich's, so fällt es vielleicht anderswo unangenehm auf. Was sagen Sie dazu?

<sup>334)</sup> Vgl. hievor Nr. 81, Anm. 321.

<sup>335)</sup> Die Bundesverfassung von 1848 hatte in Art. 22 dem Bunde die Befugnis eingeräumt, eine eidg. Universität und eine polytechn. Schule zu errichten. Von da an regte vor allem Alfred Escher die Errichtung einer Universität an; 1852 kam die Diskussion in Fluß.

<sup>336)</sup> Prof. Jos. Eutyck Kopp, Luzern.



86. *Segesser an Heusler.*

Luzern, ohne Datum (ca. 13. Juni 1852).

Ich ergreife gern den Anlaß, den mir Ihr wertcs Schreiben vom 7. Juni darbietet, um mich wieder einmal über die Lage unseres Kantons auszusprechen, zwar nur in Form einer Mitteilung, die Sie beliebig verarbeiten mögen, wie es Ihnen gut scheint. Über die Verhältnisse des Lehrers Tanner werde ich nach Ihrem Wunsche in einer Beilage sprechen<sup>337)</sup>.

Nach meinem Ermessen befinden sich vielleicht wenige Kantone in einem so hoffnungslosen Zustand wie der unserige. Alle Tatkraft und Energie ist aus unserm Volke gewichen. Allerdings ist noch ein Kern fester, entschlossener und unentwegter Konservativer vorhanden; allein er ist konzentriert in einzelnen Landesgegenden und der Zahl nach nicht so stark, daß er eine Entscheidung hervorzubringen vermöchte. Aber von der allgemeinen, aufopfernden Begeisterung, die in den Jahren 1845—1847 das Volk durchdrungen und ihm einen so erhebenden Schwung gegeben hat, ist nichts mehr zu finden. Die unendliche Täuschung, nach solchen Opfern, Entbehrungen, Anstrengungen ohne Kampf schmachvoll zu unterliegen, im Stich gelassen von seinen Regenten, im Stich gelassen von seinen Anführern, im Stich gelassen von ganz Europa, das seine Augen passiv auf jene Katastrophen gerichtet hatte nach so vielen Verheißungen, Teilnahmsbezeugungen, Aufmunterungen, diese mag psychologisch vieles erklären. Vieles aber erklärt sich auch aus der sehr materiellen Richtung unseres Volkscharakters, namentlich auf dem Lande. In seinem Eigentum bedroht zu werden, lähmt unsern Bauern bis ins innerste Mark, und was der Radikalismus in dieser Beziehung vermag, davon hat uns das Jahr 1847 ein Beispiel gegeben, das stetsfort mit abschreckender Gewalt nachwirkt. Bei jeder Wahl wird im kleinen erneuert, was im großen damals geschah. Die radikalen Gemeindebehörden verfälschen die Stimmlisten, das Janitscharenkorps des Volksvereins<sup>338)</sup>, gebildet aus den schlechtesten, mit überraschender Schnellig-

<sup>337)</sup> Vgl. hienach Nr. 87.

<sup>338)</sup> Die seit einigen Jahren in mehreren Kantonen bestehenden und einflußreichen „Volksvereine“.



keit sich mehrenden Gesindel, tritt bei solchen Anlässen mit der ausgeschämtesten Frechheit auf, unterstützt von den Landjägern und Polizeibeamteten: wehren sich Konservative oder protestieren sie gegen eine derartige Wirtschaft, so wird nicht nur ihrer Reklamation keine Rechnung getragen, sondern man verfolgt sie jahrelang mit Strafuntersuchungen und Kosten. So erinnern Sie sich vielleicht der Spektakel bei den Großratswahlen von Rothenburg und den Gerichtswahlen von Hitzkirch im Mai und Juni des verflossenen Jahres. Da wird die Untersuchung jetzt noch fortgeführt; gegen Großrat Eggenschwyler<sup>339)</sup>, der als Wahlpräsident durch seine Energie die radikalen Stürmer niederhielt, soll Aktivbürgerrechtseinstellung beantragt sein; mit ebendenselben sind mehrere einflußreiche Konservative im Gerichtskreis Hitzkirch bedroht; in der Gemeinde Emmen wird seit einem Jahre ein Mann bloß deswegen statthalteramtlich verfolgt, weil er gegen einen eklatanten Wahlbetrug von oben (der aber nachher vom Regierungsrat legitimiert wurde!) bei der Wahlversammlung Protest einlegte und sich mit mehreren andern vom Wahlplatz entfernte. Vor einigen Wochen stunden 14 Männer aus dem Wahlkreis Dagmersellen hier vor Kriminalverhöramt wegen der im Mai vorigen Jahres dortselbst stattgehabten, mit Waffengewalt für die Regierungspartei entschiedenen Großratswahl. So wird der Schrecken immerfort unterhalten, allem ein gerichtlicher Anschein gegeben (die Gerichte von unten bis oben harren nur der Winke der Regierung, selbst in Zivilsachen findet man kein Recht), durch Prozeßkosten usw., die Leute mürbe gemacht, so daß sie froh sind, stille zu bleiben und auf den Radetzky<sup>340)</sup> und Louis Napoléon zu warten.

Andererseits ist unter den Konservativen selbst, in Mitte der Partei, neben der Einschüchterung und Furchtsamkeit, noch manch beklagenswertes Mißverhältnis. So haben z. B. jüngsthin im Wahlkreise Pfaffnau, wo eine große konservative Mehrheit auf dem Platze war und bereits das Bureau ge-

---

<sup>339)</sup> Großrat Eggenschwyler, konservativ, von Rothenburg (vgl. K. Müller, S. 258).

<sup>340)</sup> Der österr. Feldmarschall Radetzky hatte 1848 und 1849 den liberal-nationalistischen Aufstand in Piemont und in der Lombardei niedergeschlagen (Schlachten bei Custoza und Novarra).

wählt hatte, kleinliche Ortsintrigen und Eifersüchteleien uns den Sieg in einer Großratswahl entrissen. Örtliche, auf gegenseitige Zänkereien und persönlichen Ehrgeiz sich stützende Reibungen lähmen vielseitig unsere Kraft. Die alte Siegwartische Partei sieht mit Mißtrauen auf die jüngern Elemente<sup>341)</sup>, welche seit 1848 den Kampf gegen den Radikalismus fast einzig geführt haben. Es ist zwar jenes eine schwache Fraktion der konservativen Partei, aber durch das ganze Land geht die Überzeugung, daß, wenn diese nicht arbeite, wir zu keinem Resultat gelangen können und werden. Mir persönlich sind sie nicht feindlich, nur möchten sie mich nicht zu ihrem Einfluß gelangen lassen, wenn sie selbst wieder einmal regieren könnten. Extravaganzen wären aber auch von jener Seite nicht mehr zu fürchten. Ich selbst bin in den Großen Rat von den eigentlichen Ur- und Altkonservativen gewählt<sup>342)</sup>, die im Hochdorfer Wahlkreis die entschiedene Mehrheit der Konservativen bilden, während im Rothenburger Kreise, wo ich ebenfalls vorgeschlagen war, die andere Richtung weit vorherrscht. Alle diese Gegensätze würden sich indessen ausgleichen lassen, wenn überhaupt Leben und Entschlossenheit wiederum in das Volk gebracht werden könnte. Allein dazu fehlen uns gerade alle Mittel. Die Geistlichkeit, die früher viel gewirkt, ist so eingeschüchtert, daß von daher kein Ton zu erwarten ist. Man darf sich darüber auch nicht wundern, da der elende Bischof<sup>343)</sup> sie vollständig im Stiche gelassen hat. Ja, wir haben nicht einmal ein konservatives Kantonsblatt, in welches man schreiben könnte. Die „Luzernerzeitung“ ist ein Buchhändlerunternehmen der Gebr. Räber, ohne Bedeutung in der Politik und ganz nur dem Eigennutz der Besitzer dienend. Die „Urschweiz“ ist das Unternehmen eines ruinierten Buchdruckers und eines ruinierten Redaktors. Wenn wir noch den Fonds für ein Blatt zusammenbrächten, was auch seine Schwierigkeiten haben würde, so hätten wir keine Druckerei, da die beiden konservativen Druckereien,

<sup>341)</sup> Die konservative Gruppe um Fürsprecher Georg Joseph Bossard (vgl. K. Müller, S. 132 ff.).

<sup>342)</sup> Segesser wurde im April 1851 im Wahlkreis Hochdorf in den Großen Rat gewählt und blieb darin bis 1860.

<sup>343)</sup> Bischof von Basel war 1828—1854 der aufgeklärte-katholische vermittelnde Joseph Anton Salzmann von Luzern.

welche hier sind, eigene Blätter halten und daher eine Konkurrenz nicht begünstigen würden. Wie aber soll man ohne ein Blatt auf Wiederbelebung des gesunkenen Volksgeistes hinwirken, wie ihm kundgeben, daß es nach und nach durch allerhand Gesetze, Reglemente, Fiskalisierung von Geldkräften usw. so eingeschnürt wird, daß es Samsons Kraft bedürfte, um sich der Bande zu entledigen!

Sie sehen, verehrtester Herr, aus diesen wenigen Notizen, wie traurig der Zustand unseres Kantons im allgemeinen ist. Ich selbst fange an müde zu werden, weil mir das Vertrauen auf die Ausdauer und Aufopferungsfähigkeit des Volkes, dem ich gewissermaßen meine Existenz geopfert habe, zu mangeln anfängt. Eine neue, nicht unbedeutende Erscheinung ist die Amnestiepetition<sup>344</sup>), die nicht mein Werk ist, sondern dasjenige einiger meiner Freunde aus beiden Fraktionen der konservativen Partei. Sie steht im Zusammenhang mit der Nationalsubskription, über welche ich, wie Ihnen bekannt, meine eigenen Ansichten hatte, die auf Nichtbeteiligung gingen. Die andern aber wirkten für Beteiligung, was das verhältnismäßig bedeutende Resultat im Kanton Luzern zur Folge hatte. Mit Hinweisung auf diese Beteiligung forderten sie sodann auch die Liberalen zu einem Zeichen der Versöhnung mittelst Teilnahme an der Amnestiepetition auf.

*Anfangs hätten die Liberalen die Beteiligung mancherorts unterstützt, bis Steiger die Parole dagegen ausgab; nun würden die Unterzeichner schikaniert, obwohl die Unterschriftenzahl schon beinahe die absolute Mehrheit der Kantonsbürger betrage...*

Die wahren Gründe von Steigers Rücktritt<sup>345</sup>) liegen meines Erachtens nicht am Tage: verletzte Eitelkeit scheint stark mitgewirkt zu haben, allein es muß noch ein anderer Grund da sein. Infolgedessen hat die Koppische Partei<sup>346</sup>) ein entschiedenes Übergewicht im Regierungsrat erlangt; ich

<sup>344</sup>) Petition von G. J. Bossard an die Bundesversammlung gegen das luzern. Kontributionsdekret v. 3. Febr. 1848 (vgl. Kasp. Müller, S. 221 ff.).

<sup>345</sup>) ~~Dr.~~ Jac. Rob. Steiger, der radikale Führer, trat Ende Mai 1852 aus dem Regierungsrat und Erziehungsrate zurück, angeblich wegen Differenzen mit seinen Kollegen.

<sup>346</sup>) Die gemäßigten Liberalen in der Regierungspartei, um alt Schultzeißeß Jacob Kopp.

halte sie aber — in ihren jüngern Elementen — nicht für besser. Der Zweck der Unterdrückung der Konservativen ist der gleiche, nur wird mehr Anstand beobachtet. Herr Kopp ist mehr so ein Pardegaul der Partei, als daß er wirklich noch einen maßgebenden Einfluß ausübte. Der an Steigers Stelle neugewählte Regierungsrat Martin Knüsel <sup>347)</sup> ist Bürger der Stadt Luzern und gehört einer mit Recht sehr geachteten Familie an. Sein kürzlich verstorbener Vater, ein Mann von altem Schrot und Korn, ehrlich und grob, sparsam und fromm, repräsentierte schon in seiner äußern Erscheinung jenes alte, fast völlig verschwundene Bürgertum, das den Städten unseres Vaterlandes eigen war. Die aufgeklärten Ideen des Herrn Sohnes hat er bis zu seinem Tode nicht begriffen, dafür aber demselben einen durch beharrlichen Fleiß erworbenen und gemehrten Erbteil hinterlassen, der auch mehr den Begriffen der guten alten Zeit als der durchsichtigen, flittergoldenen Neuzeit entspricht. Regierungsrat Knüsel wurde nach vollendeten Universitätsstudien am Ende der Dreißigerjahre Kriminalrichter; der Große Rat von 1841 ernannte ihn zum Staatsanwalt, in welcher Stelle er auch bei der Erneuerung um 1845, ungeachtet seiner bekannten oppositionellen Gesinnung, wieder bestätigt wurde. Seine Tüchtigkeit und die Entschiedenheit, womit er die unabhängige Stellung seines Amtes wahrte, wurden allseitig geachtet und anerkannt. Der eidgenössischen Regeneration war es vorbehalten, ihn zum entschiedenen Parteimann auszubilden, und was er dadurch auf der einen Seite verlor, die ihm nichts mehr zu bieten hatte, das gewann er in reichlichem Maße auf der andern, die in einem Manne von Knüsels Talent und unbescholtenem Ruf eine eigentliche Illustration erwarb. Dem damals durch seine unerschütterliche Ausdauer bekannten konservativen Wahlkreis Weggis durch die eidgenössische Besatzung mit unwiderstehlicher Überzeugungskraft empfohlen, trat er in den Großen Rat; die Beförderung zum Oberrichter schlug er aus und blieb Staatsanwalt. Allein der Staatsanwalt der Periode von 1848 glich demjenigen der Periode von 1841 nicht mehr: in politischen Prozessen und Preßprozessen zeigte

<sup>347)</sup> J. Martin Knüsel (1813—1889), liberaler Politiker, 1855—75 Bundesrat (vgl. auch K. Müller, S. 281).

er sich äußerst leidenschaftlich; freilich waren nun andere Gegner zu bekämpfen als früher. Im Großen Rate gewann Knüsel bald eine bedeutende Stellung. Dem rohen Radikalismus gegenüber begründete er im Verein mit Niklaus Dula <sup>348)</sup>, Fellmann <sup>349)</sup>, Schultheiß Kopp und andern die Partei der feinen und geleckten Radikalen, der gemäßigt Liberalen, wie sie sich gerne nennen hören. Das „System“ durch alle Mittel aufrecht zu erhalten: darin sind diese mit der Partei der Freischärler und Volksvereinler einverstanden. Wenn es daher gilt, etwas zu bekämpfen, was sie als einen Angriff auf das „System“ ansehen, so sind sie alle einig; die Feinen ziehen sich dann etwas zurück und lassen die Groben ruhig dreinschlagen. Worin eigentlich das System besteht, das verteidigt werden soll, das ist, wenn man von persönlichen Rücksichten absieht, schwer zu sagen, sofern man nicht das Monopol des Herrschens ein System nennen will. Ungeschlachte Persönlichkeiten zurückzudrängen und sich selbst im Vordergrund zu halten, war das Streben der „anständigen“ Radikalen und deshalb lagen sie mit ihren plebejischen Freunden lange im Streit, bis sie endlich in brüderlicher Teilung sich versöhnten. Jesuiten, Sonderbund, Aristokratie, Pfaffentum, Ultramontanismus, Reaktion sind die Begriffe, welche den politischen Horizont des neuen Regierungsrates und Statthalters begrenzen gleich grausenhaften Nebelbildern, von welchen sein Blick geblendet wird. Innert diesen Grenzen aber besitzt er Scharfsinn, Kenntnisse, Beredsamkeit und in Sachen, die mit dem „System“ nicht zusammenhängen, selbst Anwandlungen von Gerechtigkeitssinn, die bedauern lassen, daß sie das „System“ nicht zu überwinden vermögen (man muß ihn im Anfang in der Presse etwas schonen, bis er sich als Regierungsrat zeigt, wie er sich als Staatsanwalt gezeigt hat). Sein Freund, Regierungsrat Niklaus Dula, ein gewissenloser Pfiffikus, aber talentvoller Mann, Erfinder unseres famosen Nationalratsdekrets <sup>350)</sup>, wurde an Steigers Stelle zum Erzie-

<sup>348)</sup> Niklaus Dula (1814—1883), einst Schulkamerad Segessers, liberaler Regierungsrat. Vgl. über ihn Segessers scharfe Urteile in: 45 Jahre luz. Staatsdienst, S. 292 f., 419.

<sup>349)</sup> Wohl Franz Fellmann, liberal, alt Obergerichter.

<sup>350)</sup> Gemeint ist wohl das luzern. Dekret über die Wahlen der Nationalräte, vom 9. Okt. 1851 (Ges.-slg. II. S. 161), welches den Kanton in drei Wahl-

hungerat gewählt, dagegen erhielten die Brutalradikalen Eduard Schnyder<sup>351)</sup> als Präsidenten des Erziehungsrates und den berüchtigten Bühler<sup>352)</sup> als Großratspräsidenten.

Die Freiburgergeschichte<sup>353)</sup>, die freiwillige Verfassungsrevision im Wallis<sup>354)</sup>, der Sieg in Bern<sup>355)</sup> und ähnliche Erscheinungen kommen mir vor wie das Resultat einer Drohung von außen; man soll das konservative Prinzip zu einiger Geltung kommen lassen, sonst werde Gewalt gebraucht. Sehen Sie die Presse an, wie mäuschenstill sie schweigt über Louis Napoléon, den sie so sehr angebrummt hat, bis er die Peitsche über den Erlacherhof<sup>356)</sup> schwang! Sollte nicht vielleicht Steigers Rücktritt damit in Verbindung stehen? Wahrscheinlich stellt man dem Ausland die Herren Kopp, Knüsel, Dula als Halbkonservative dar und will durch ein solches Change-ment de décoration den Kanton Luzern, an dessen Erhaltung dem Radikalismus mehr gelegen ist als an Freiburg und Wallis, als befriedigt erklären. Mich sollte nicht wundern, wenn wir zum zweiten Male aufgeopfert würden. Dufours Sendung nach Paris<sup>357)</sup> war nicht den Eisenbahnen allein gewidmet. In Paris aber ist bezüglich der Schweiz allein Macht und Einfluß, die mehr wiegen als alle Protokolle. Vielleicht läßt in Bern sich etwas mehr erfahren, wiewohl das diplomatische Geheimnis seit Menschengedenken bei uns nie so gut gewahrt wurde.

---

kreise einteilte mit zum Teil nicht zusammengehörigen Gemeinden und abgelegenen Wahlversammlungsorten.

<sup>351)</sup> Eduard Schnyder, radikaler Politiker in Luzern, Finanzdirektor 1847.

<sup>352)</sup> Joseph Bühler, radikaler Großrat.

<sup>353)</sup> Die liberal-radikale Mehrheit der Bundesversammlung hatte den Freiburgern noch 1850 verweigert, über ihre Verfassung die in einer Petition nachgesuchte Volksabstimmung abzuhalten (vgl. Segesser, Slg. kl. Schr. III. S. 47 u. 69).

<sup>354)</sup> Im Wallis war 1852 eine Verfassungsrevision (in konservativem Sinne) eingeleitet worden; die Vorlage wurde am 23. Dez. 1852 mit großem Mehr angenommen.

<sup>355)</sup> Im bisher radikalen Kanton Bern hatten bei den Großratswahlen vom 5. Mai 1850 die demokratischen Konservativen (unter E. Bloesch u. a.) die Mehrheit erlangt.

<sup>356)</sup> Der Erlacherhof in Bern war das Amtsgebäude des Bundesrats.

<sup>357)</sup> Die Sendung von General Dufour Ende Mai nach Paris betraf den Bau einer Eisenbahnlinie von Genf nach Lyon.



Die Frage der Bundesrevision scheint mir auch noch nicht reif. Können wir nicht auf der Grundlage unbedingter Kantonalsoveränität revidieren, so gebe ich um eine Revision nichts; die großen Kantone würden uns immer unterdrücken, und wie könnten wir diese Grundlage gewinnen, als eben durch eine Mediation, die seit 1847 mein konstanter Gedanke ist?

Sie muntern mich auf, wieder die Feder zu ergreifen, um auf die Stimmung in unserm Kanton einzuwirken. Das hätte ich längst gerne getan, wenn wir im Kanton ein Blatt hätten, in das man, ohne sich zu kompromittieren, schreiben könnte. Es verdrießt mich oft unsäglich, zum Stillschweigen verurteilt zu sein. Ein eigenes Blatt ließe sich nur durch ökonomische Opfer erstellen, die mir nicht mehr möglich sind, da ich, weit entfernt, vermöglich zu sein, wie man von mir glaubt, mich nur mit Anstrengung auf derjenigen Stufe des Lebens halten kann, wozu mich die Verhältnisse zwingen. Mich demnach in ein Unternehmen auf eigene Faust einzulassen, das nicht rentabel werden kann, wenn es seinen Zweck erreichen soll, ist mir nicht möglich; mich in die Abhängigkeit einer Aktiengesellschaft zu setzen, ist mir zuwider. Durch die „Basler Zeitung“, „Schwyzerzeitung“ usw. kann ich auf unser Volk nicht wirken, weil diese Blätter nicht für allgemeine Verbreitung geeignet und für unsere Bauern zu teuer sind. Dagegen sollte und werde ich vielleicht bald die öffentliche Meinung weiterer Kreise auf unsern Kanton zu lenken suchen und dafür mit Ihrer Erlaubnis Ihr geschätztes Blatt benützen. Ich erwarte nur den Anlaß, der sich vielleicht nächstens darbietet. Übrigens bin ich bedeutend abgespannt und träge seit einiger Zeit, da ich mich viel mit landwirtschaftlichen Arbeiten usw. abgeben muß, die mich vom Schreibtisch fernhalten.

*Er beklagt, die Arbeit am Repertorium der eidgenössischen Abschiede leichtsinnig übernommen zu haben; die Fortsetzung seiner Luzerner Rechtsgeschichte, seine Hauptaufgabe, werde dadurch beeinträchtigt.*

*„Von meinen heutigen Mitteilungen benützen Sie, was Ihnen gut scheint, doch von den innern Verhältnissen unserer Partei sagen Sie jedenfalls nichts. Ich habe ganz von*

*der Leber weg geschrieben, ohne auf die Redaktion acht zu geben, wie ich getan hätte, wenn ich für direkte Veröffentlichung geschrieben hätte.“*

*Für die Tagung der Geschichtsforschenden Gesellschaft passe ihm erst die zweite Septemberwoche.*

*„Ich habe Sie lange mit unsern Angelegenheiten unterhalten. Ich hoffe, Sie werden wenigstens durch diese Mitteilungen eine Grundlage zur Beurteilung einzelner durch die Blätter aus andern Kantonen gemeldeter Nachrichten und Tatsachen erhalten, die oft vereinzelt aufgefaßt zu unrichtigen Vorstellungen Anlaß geben.“*

*Er werde nun noch Mitteilungen über Lehrer Tanner machen; er scheue aber Empfehlungen zu geben, wie er um solche für Luzerner zu Händen von Baslern bisweilen gegangen werde. Seit Weibel Amrein als Provisionsreisender in Basel sein Glück gemacht habe, sähen „alle armen Teufel daselbst ein Eldorado und mißbrauchen teilweise oft Ihre Güte“; solches sei ihm von Altratsheeren Heinrich Gut und andern erzählt worden.*

#### 87. Segesser an Heusler.

Luzern, 13. Juni 1852.

*Auskunft über alt Lehrer Tanner<sup>358</sup>), der im Oktober und November 1847 auf dem Generalstabsbureau als Kopist bei ihm gearbeitet habe. Seine Leistungen als Lehrer an der Luzerner Stadtschule seien oft gerühmt worden. Das politische Ausschließungssystem habe ihn von dieser Stelle entfernt. Die Gründung einer Privatschule, verbunden mit Handel von Papier und Schreibmaterialien, sei ihm mißlungen. Seither beschäftige er sich mit Kartonnagearbeiten. Er möchte ihn als Lehrer oder für ein Provisionsgeschäft empfehlen. Er sei ein rechtschaffener Mann, aber finanziell in trauriger Lage, da auch sein vermöglicher Schwiegervater ihm nicht helfe.*

#### 88. Segesser an Heusler.

Bern, 8. August 1852.

*Er dankt für die Besprechung des ersten Heftes des zweiten Bandes (seiner Luzerner Rechtsgeschichte) in der „Basler*

<sup>358</sup>) Vgl. hienach Nr. 90 (Ende).



*Zeitung“<sup>359)</sup>, dessen Erscheinen sonst überall ignoriert werde. „...immerhin kann ich die Überzeugung nicht verleugnen, daß von gewisser Seite dieses Ignorieren planmäßig betrieben wird, um mißbeliebige Schriftsteller zu entmutigen. Auf mich hat freilich das keinen Einfluß, denn ich betrachte dieses Buch als den einzigen Tribut, den ich meinem Vaterlande und der Wissenschaft noch bringen kann, da ersteres von mir sonst nichts weiter will und letztere in diesem ideenleeren Leben mir allmählich abhanden kommt.“*

*Ein junger Dr. Simon<sup>360)</sup> habe ihm vor drei Wochen berichtet, Heusler werde nächstens nach Bern kommen; daher habe er mit Schreiben gewartet.*

*Die Tagung der Geschichtsforschenden Gesellschaft habe er vorläufig auf den 23. September in Rapperswil angesetzt. Der Quästor, Präsident Burckhardt<sup>361)</sup> in Basel, möge die Zirkulare an die Mitglieder adressieren, da er selbst kein nachgeführtes Mitgliederverzeichnis besitze. Vorträge habe niemand bei ihm angemeldet. Er selbst werde nur ein kurzes Eröffnungswort halten, da er weder Zeit finde noch in der Stimmung sei, einen Vortrag zu halten, der der Gesellschaft Ehre machen würde. Heusler möge in Basel Nachfrage halten nach allfälligen Vortragenden.*

*Die Freiburgerangelegenheit<sup>362)</sup> ist hier entschieden worden, wie ich von Anfang an erwartete. Mir war nur das etwas schmerzlich, daß die Mitglieder, welche der bernischen Regierung angehörten, sich nicht entschließen konnten, mit uns für den Alletschen<sup>363)</sup> Antrag zu stimmen; ohne die Rede des Herrn Blösch hätten wir in der Endabstimmung vielleicht*

<sup>359)</sup> Vgl. „Basl. Zeitung“ Nr. 165 v. 14. Juli 1852.

<sup>360)</sup> Vermutlich Dr. B. Simon, Fürsprech und konservativer Politiker in Bern, mit dem Heusler damals in Korrespondenz stand (Priv.-arch. 328. E 141).

<sup>361)</sup> Dr. jur. L. Aug. Burckhardt, Basel, Kriminalgerichtspräsident, Archivar, dann Kassier der Allg. Geschichtsforsch. Ges.

<sup>362)</sup> Vgl. hievor Nr. 86.

<sup>363)</sup> Der konservative Nationalrat Alexis Allet (Wallis) hatte im August 1852 beantragt, den Freiburgern die Möglichkeit zu gewähren, abzustimmen über Annahme einer Verfassungsrevision; die Bundesversammlung lehnte dies auf Antrag A. Eschers u. a. ab. Dieser Beschluß hatte im Frühjahr 1853 blutige Folgen im Kanton Freiburg (vgl. E. Gagliardi: A. Escher, S. 206—211, K. Müller, S. 235).

zehn Stimmen mehr gehabt. Unser Standpunkt war allerdings ein rein demokratischer, wenn man will ein revolutionärer; allein ich frage: Beruht denn nicht das ganze heutige eidgenössische Staatswesen auf der Revolution? Ist nicht die Revolution unsere Legitimität? Und soll sie nur dann zur Anwendung kommen, wenn sie dem Radikalismus konveniert?

Wie die Kostennachlaßfrage<sup>364)</sup> entschieden wird, ist noch ungewiß — für mich eine leidige, ekelhafte Frage. Es liegt in mir noch ein oft bekämpfter, aber immer unüberwundener Stolz, dem alles Betteln, geschehe es auch im Interesse eines ganzen Volkes, zuwider ist.

Ich sehe die Zukunft des Vaterlandes in immer düsterern Farben. Häusliche Verlegenheiten gesellen sich dazu und ich sehe voraus, daß ich die Stellung, die ich mit großen Opfern im Interesse unseres luzernischen Volkes eingenommen habe, nicht mehr lange werde behaupten können, ohne speziellere Pflichten zu verletzen. Mehr als je arbeitet daher der Gedanke in mir, dieses Land zu verlassen und anderwärts eine stille Existenz zu suchen. Das Haupthindernis ist der Besitz meines Gutes<sup>365)</sup>. Unter glücklichen Verhältnissen wäre dieses der Mittelpunkt auch politischer Wirksamkeit geworden; jetzt aber ist es mir ein Hemmschuh, den ich baldmöglichst abzustreifen suchen muß. Sie könnten in dieser Beziehung, wertester Freund, mir einen wesentlichen Dienst leisten, wenn Sie mir in Basel dafür einen Käufer suchen würden. Ein Rest von Familienstolz läßt mich vorziehen, dieses Gut eher einem fremden, denn einem Luzernerbauer zu verkaufen. Für einen Mann von einigem Vermögen ist dieses Gut ein sehr schöner Besitz. Anderthalb Stunden von Luzern an der Baselerstraße, auf dem höchsten Punkt zwischen Luzern und Sursee gelegen, enthält es 75 Jucharten sehr gutes, fast ebenes Land, ein massives Herrschaftshaus mit einer Aussicht auf die Gebirge, welche diejenige von Luzern aus weit übertrifft, in gutem Stand befindliche Ökonomiegebäude und dazu noch zirka 7 Jucharten Tannenwald. Hätten sich meine Vermögens- und Lebensverhältnisse gestaltet, wie ich vor acht Jahren noch hoffte, so

<sup>364)</sup> Vgl. hievor Nr. 84.

<sup>365)</sup> Das Landgut „Holzhof“ zwischen Rothenburg und Neuenkirch; über das Finanzielle vgl. K. Müller, S. 178.

würde mir dieses Gut um keinen Preis feil sein, denn es ist eine angenehme und für jemanden, der Betriebskapital aufwenden kann, rentable Besetzung, deren Rentabilität bei geringen Opfern vielleicht um  $\frac{1}{3}$  gesteigert werden könnte. Ich würde den Preis so stellen, daß derselbe einer Kapitalanlage gleichkäme, die selbst pachtweise mit Vorbehalt des sogenannten Schlosses  $3\frac{1}{2}\%$  sicher abtragen würde und in zwei bis drei Jahren  $4\%$  und mehr Pachtzins ohne anders ergäbe. Ich kenne die Produktionsfähigkeit des Landes sehr gut und beabsichtige mit dem Verkauf nicht sowohl einen Gewinn, als eine einfache Liquidation, die mich frei macht und mir erlaubt, anderwärts zu suchen, was ich in Luzern nicht mehr finde. Wenn Sie mir Aussichten dieser Art eröffnen könnten, so würde ich Ihnen sehr dankbar und zu nähern Aufschlüssen gerne bereit sein.

Ohne Zweifel haben Sie in den Zeitungen auch von der Surseer-Versammlung gelesen <sup>366</sup>). Ich wußte darum und war dazu eingeladen; allein ich kann mich noch nicht überzeugen, daß bei der immer gedrückten und mutlosen Stimmung des Volkes in mehreren Teilen unseres Kantons und bei der Gewalttätigkeit der Machthaber wir mit dem Kraftmittel einer Verfassungsrevision durchdringen werden, wenn wir es auch versuchen. Ich bin daher für meine Person noch sehr unentschieden, ob ich aufmuntern oder abraten soll. Jedenfalls war die Veröffentlichung sehr unzeitig und kann selbst für unsere Kostennachlaßangelegenheit ungünstig wirken. Wie der „Volksmann“ <sup>367</sup>) dazu gekommen, darüber zu berichten, ist mir unbegreiflich; sein Bericht war, nach mir zugekommenen Privatbriefen, ziemlich genau. Mir ist die Stellung als Parteiführer gegenüber den radikalen Gewalthabern und Schurken entsetzlich verleidet und ich würde sie gern in eine oder anderer Weise beendet sehen. Allein solange ich sie einnehme, will ich mit Vorsicht und Gewissenhaftigkeit handeln wie bisher.

Ich hoffe jedenfalls Sie in Rapperswil persönlich zu sehen; ich habe noch manches mit Ihnen zu besprechen, das

<sup>366</sup>) Einzelne Konservative regten bereits eine Verfassungsänderung an; Großrat Jost Weber forderte dann 1854 vor allem Einführung der Integralerneuerung des Großen Rates, statt bloß jeweiliger Drittelserneuerung (vgl. 45 Jahre Staatsdienst, S. 89 f.; K. Müller, S. 284).

<sup>367</sup>) Der „Volksmann“, das radikale Organ von ~~B.~~ J. Rob. Steiger.

sich am wenigsten im Nationalrat auf den Knien schreiben läßt. Wollen Sie die schlechte Schrift mit dieser höchst unbequemen Position entschuldigen...

89. *Segesser an Heusler.*

Luzern, 8. September 1852.

Es gereicht mir zu einigem Troste, daß Ihr heutiges Blatt<sup>368)</sup> der Amnestiesache in den Verhandlungen unseres Großen Rates doch mit einigen leise tadelnden Worten gedachte, während sonst überall entweder Stillschweigen oder gar Lob des großmütigen Antrags unseres Regierungsrates vernommen wird. Gerade dieses Benehmen der Luzerner Behörden aber verdiente nach meiner Ansicht gegenüber dem Nationalratsbeschlusse über Nachlaß der Sonderbundsschuld entschiedenen Tadel und strenge Zeichnung vor der öffentlichen Meinung. Ich will Sie deshalb mit einigen nähern Umständen bekannt machen.

Der Vorschlag des Regierungsrates wurde erst am anderletzten Tag der Großratssitzung vorgelegt. Es sei der Kostennachlaßbeschuß<sup>369)</sup> vom Bundesrat noch nicht offiziell mitgeteilt, deshalb habe der Regierungsrat die Vorberatung des Gegenstandes erst spät an die Hand genommen und die Kopiaturs der weitläufigen Botschaft habe sich bis am Vorabend der Auflösung des Großen Rates verzögert. Das heißt soviel, als der Regierungsrat wollte mit einem schön klingenden Antrag die öffentliche Meinung einschläfern, hatte aber selbst nichts weniger als die Absicht, die Erledigung der Sache während dieser Sitzung herbeizuführen. Ist dann der Effekt des Nachlaßbeschlusses der Bundesbehörden etwas verflogen und die Revisionszeit vorüber, so findet man dann leicht Ausflüchte, um die Amnestie zu verweigern und die Rückzahlung zu verschieben. Die Botschaft des Regierungs-

<sup>368)</sup> Vgl. „Basl. Ztg.“ Nr. 212, v. 7. Sept. 1852, dann auch Nr. 215 v. 15. Sept., betr. Amnestierung der sonderbündischen Großräte, Gemeindebeamten usw. (vgl. 45 Jahre Staatsdienst, S. 111).

<sup>369)</sup> Beschluß der Bundesversammlung betr. den Nachlaß des Restes der Sonderbundskriegsschuld, v. 13. Aug. 1852 (A. S. III. 229). Gemäß diesem Beschluß (Art. 4) wurde auch der Ertrag der Nationalsubskription der eidg. Staatskasse einverleibt.

rates, welcher den Antrag begleitet und begründet, ist ein so niederträchtiges Machwerk, daß jeder wohltätige Eindruck des Beschlusses dadurch vernichtet werden müßte. Die Wortklauberei, womit man beweisen will, daß man zur sofortigen Restitution der erhobenen Zwangsanleihen nicht verpflichtet sei, sondern selber nur aus angeborener Mildherzigkeit zu bewerkstelligen geneigt sei, ist so rabulistisch gedacht, daß man davor wahren Ekel empfinden muß; der Vorwurf, die Petition der 12 000 sei durch unwahre Vorgaben, unlautere Mittel, wüste Treiberei usw. erzielt, ist eine schändliche Verleumdung. Mich trifft davon nichts, denn ich habe von Anfang an mich gegen die Teilnahme an der Nationalsubskription erklärt, indem ich behauptete, da im Kanton Luzern die Initiative dazu von Steiger und ähnlichen ausgegangen, so sei es damit auf einen Betrug abgesehen, und konsequent habe ich auch die damit in Verbindung stehende Petition nicht unterstützt; allein sie ist auf durchaus ehrenhafte Weise, selbst durch Teilnahme vieler Liberalen, zustande gekommen. — Im Großen Rate selbst sind die von Herrn Anton Schnyder<sup>370</sup>) erhobenen Bedenken derart, daß sie voraussehen lassen, auf welche Weise man die Sache angreifen wird, wenn man die öffentliche Meinung nicht mehr fürchten zu müssen glaubt. Bezüglich der Amnestie wird man behaupten, sie sei nicht möglich, indem Rehabilitation (Wiedereinsetzung ins Aktivbürgerrecht) nicht dem Großen Rat, sondern dem Obergericht, und zwar erst fünf Jahre nach ausgehaltener Strafe oder erfolgter Begnadigung zustehe. Bezüglich der Restitution wird man selbe sukzessive nach Gunst bewerkstelligen. Das Ganze im Regierungsrat und Großen Rat ist eines jener perfiden Manöver, die wir in Luzern bereits zur Genüge kennen, die aber auswärts nicht geglaubt werden, weil man solche Schlechtigkeit für unmöglich hält. Der nächste Zweck war, sich vor dem Oktober (Revisionsmonat)<sup>371</sup>) nicht auszusprechen, zumal man nach einigen konservativerseits gehaltenen Besprechungen dieses Jahr einen Revisionsversuch fürchten zu müssen

<sup>370</sup>) Anton Schnyder, liberaler Großrat, von Sursee (1804—1884), Obergerichtspräsident.

<sup>371</sup>) Bestrebungen zur Revision der Kantonsverfassung betr. Gesamt-erneuerung des Gr. Rats (vgl. 45 Jahre Staatsdienst, S. 89 f.).

glaubt und dadurch, daß man zirka 70 konservative Führer zwischen Furcht und Hoffnung schweben läßt, die Sache von vornherein verhindern will.

Die Wahl des Herrn Sidler<sup>372)</sup> zum Regierungsrat wird da und dort auch unrichtig beurteilt, indem derselbe als ein Gemäßigter und seiner Aufgabe Gewachsener dargestellt wird. Herr Sidler war Kandidat der Ultras, während die Gemäßigten den Herrn Hunkeler<sup>373)</sup> portierten. Sidler ist eines der niederträchtigsten Subjekte, die wir in Luzern haben, zu allem fähig, was mit Sicherheit ausgeführt werden kann und wenig Mut braucht. Er gehört zu jenen Schlingpflanzen am Baum der Aristokratie, welche, nachdem der letztere umgehauen war, sich selbst als den wahren Baum betrachteten, welche nun das ausschließliche Recht zur Benützung des Bodens hätten, den sie vorher zum Schaden ihrer Prinzipale exploitierten — eine Art Pseudolegitimismus der gemeinsten Art. Nachdem er am Ende der Dreißigerjahre sich durch die einträgliche Stelle eines eidgenössischen Administrators gesichert und kurz vorher mit St. Urbanischen, unter Staatsadministration stehenden Titeln eine nicht sehr ehrenhafte Konversion vorgenommen hatte, schämte er sich der ärgsten Kriecherei vor Siegwart und Gonzenbach<sup>374)</sup> nicht, um in der Administratorstelle bestätigt zu werden. Der Dank für die erhaltene Unterstützung bestand darin, daß er ein vom hiesigen Kanton nachgesuchtes Anleihen bei der eidgenössischen Kasse vermittelte und im Jahre 1847 der erste war, der das Staatsscheltenlied anstimmte. Mit der neuen Regierung war er eine Zeitlang unzufrieden, weil sie seine Verdienste zu wenig würdigte. Erst nachdem er und Sohn und Tochter einträgliche Anstellungen hatten, fing er wieder an aufzuleben. Eine Kapazität in Finanzsachen war er weder früher noch jetzt.

Die Basler Eisenbahnkonferenz hat uns einen schlimmen Streich gespielt, indem sie Herrn Steiger auf den Scheffel stellte<sup>375)</sup>. Die Folge wird sein, daß sein erlöschender Ein-

<sup>372)</sup> Joh. Baptist Sidler, Luzern, radikal, im Sept. 1852 zum Regierungsrat gewählt, vorher Administrator der eidg. Kriegsgelder.

<sup>373)</sup> Amtstatthalter Jos. Lorenz Hunkeler (vgl. K. Müller, S. 81, 160), radikale Richtung des „Lueg ins Land“.

<sup>374)</sup> Nationalrat Dr. Karl Aug. v. Gonzenbach, vgl. hievor Nr. 55, 67.

<sup>375)</sup> Im August 1852 war in Basel die (neue) Schweizerische Centralbahn als private Aktiengesellschaft gegründet worden durch Basler Handelsherren

fluß wieder aufwacht und daß ehrliche Leute in unserm Kanton einem Unternehmen stets entgegen sein werden, das durch einen solchen Vertreter repräsentiert ist. Am Ende können wir es auch ohne Eisenbahn machen; die Stadt ist nicht der Kanton.

Ich hoffe, Sie in Rapperswil<sup>376)</sup> zu sehen, wo sich Gelegenheit geben wird, über manches mündlich mehr zu sprechen...

90. *Segesser an Heusler.*

Luzern, 23. Oktober 1852.

*Der Beginn des Druckes der Fortsetzung seiner Rechtsgeschichte<sup>377)</sup> habe seine Schwierigkeiten, weil er den ersten Bogen nicht loszulassen wage. Er behandle darin nämlich einen Gegenstand, dem er nicht recht gewachsen sei. Er stelle dem Abschnitte Ausführungen voran über die im 14. und 15. Jahrhundert in Luzern üblichen Maße und Gewichte und über den relativen Wert des Geldes; besonders das letztere Gebiet bereite ihm Schwierigkeiten. Vor etwa einem halben Jahre habe er dem in Luzern anwesenden Herrn Gerold Meyer<sup>378)</sup>, der alles verstehe, einige Fragen darüber gestellt, bekomme aber von ihm keine Antwort. In Sachen des Repertoriumswerks<sup>379)</sup> habe er zudem in letzter Zeit von Meyer „einen lächerlich unverschämten Brief“ erhalten, den er nach Verdienen beantwortet und damit alle Privatkorrespondenz*

wie Karl Geigy, Achilles Bischoff, Joh. Jak. Speiser u. a. Am 26. Aug. wurde der zwölfköpfige Verwaltungsrat mit K. Geigy als Präsident gewählt. Da die Centralbahn über den Jura bis Luzern geführt werden sollte, zogen die Basler einen prominenten Luzerner Politiker bei, und zwar verfielen sie dabei auf alt Regierungsrat ~~Dr.~~ Jac. Rob. Steiger. Da dieser von ausgesprochen radikaler Prägung war, erregte die Wahl Anstoß in konservativen Kreisen, wie auch diejenige des radikalen Stephan Gutzwiller als Vertreters von Baselland (vgl. Ed. His: Basl. Handelsherren, S. 114).

<sup>376)</sup> Versammlung der Allg. Geschichtsforsch. Ges. in Rapperswil, 23. Sept. 1852.

<sup>377)</sup> Segessers Rechtsgeschichte der Stadt und Republik Luzern, Bd. II, S. 241 ff.

<sup>378)</sup> Gerold Ludwig Meyer v. Knonau (1804—1858), Zürcher Historiker und Geograph.

<sup>379)</sup> Amtl. Sammlung der ältern Eidg. Abschiede; Segesser bearbeitete z. T. in Umarbeitung der ersten Auflage von Jos. Eutych Kopp, die drei ersten Bände.



*mit ihm abgebrochen habe. Die Ehre, eidgenössischer Archiv-experte zu sein, habe diesem guten Manne den Kopf verdreht.*

*Er stellt nun Heusler, zur allfälligen Beantwortung durch einen von seinen sachverständigen Freunden, eine Reihe Fragen über das Münzwesen und den Geldwert im 15. Jahrhundert und macht dazu ausführliche Bemerkungen.*

Von Politischem weiß ich heute Ihnen wenig zu berichten. Auf den Versuch, durch eine Verfassungsrevision unsere Verhältnisse zu verändern <sup>380)</sup>, wovon im Sommer viel gesprochen wurde, haben wir für dieses Jahr abstrahiert. Die Apathie im Volke ist zu groß, als daß wir ein so entscheidendes Spiel hätten unternehmen können, das ohne den stärksten Aufwand aller Kräfte nicht gelingen kann. Die Absetzung oder Nichtwiederwahl des Stadtratsschreibers Pfyffer <sup>381)</sup> hat mit Recht Aufsehen erregt. Derselbe bekleidete seit 17 Jahren diesen Posten zur Zufriedenheit aller bisherigen Stadtbehörden; er ist gemäßigt liberal, hat aber mit der Politik wenig zu schaffen, acht lebende Kinder und wenig Vermögen. Unter dem Namen Pfyffer zu Neueck ist er ein beliebter belletristischer Schriftsteller. Es liegt eine unsägliche Roheit in der Entfernung dieses Mannes, dessen Hauptverbrechen darin bestehen soll, über die berüchtigte Untersuchungsgeschichte des Stadtmanns Ronka <sup>382)</sup> sich in einer Zeitung einen Witz erlaubt zu haben. Deshalb soll er durch diesen Ronka und seinen Spießgesellen Salzmann <sup>383)</sup>, die den Stadtrat dominieren, gesprengt worden sein. — Von den Gleichen her kommt die Entfernung des alten, vielen Baslern wohlbekannten Lehenwirts Schneider im Kurort Hergottswald, der der Stadt gehört. Der Mann mit seinen vielen fröhlichen Söhnen und Töchtern war 40 Jahre lang auf jenem Kurhause zu allgemeiner Zufriedenheit; nun bietet ein Freischärler 40 Franken mehr Zins, und gleich ist er weg.

Die Eisenbahngeschichte macht immer vielen Lärm, doch nur bei den Radikalen; die Konservativen zu Stadt und Land halten sich passiv, was unter bestehenden Verhältnissen ihre

<sup>380)</sup> Vgl. hievor Nr. 89.

<sup>381)</sup> Joseph Xaver Pfyffer zu Neueck, Stadtratsschreiber.

<sup>382)</sup> Stadtmann Martin Ronka, liberal.

<sup>383)</sup> Julius Salzmann, liberaler Stadtrat.



natürliche Stellung ist. Die Aufnahme von Gründungsaktien wurde im Kanton Luzern echt steigerisch betrieben<sup>384</sup>): den Leuten wurde gewissermaßen das Messer an die Kehle gesetzt und zu verstehen gegeben, wer mehr Gründungsaktien zeichne, der erhalte die Bahn! vide „Volksmann“!

*Er stellt noch eine Frage zu Handen von Herrn Burckhardt<sup>385</sup>), Quästor der Geschichtforschenden Gesellschaft. Als Expräsident habe er die Geschäfte sofort abgetreten. Von Fetscherin und Lehenkommissär Wyß in Bern<sup>386</sup>) habe er noch keinen Bericht, ob sie das Gesellschaftsarchiv und die zugestellten Broschüren erhalten hätten. „Ohne Zweifel haben Sie auch lachen müssen, als Sie die gravitatische Expektion unseres Freundes Kopp<sup>387</sup>) puncto Rapperswiler Versammlung in der „Schwyzerzeitung“ lasen!“ Die Versammlung in Rapperswil sei, bei 21 Anwesenden, gut verlaufen, nur habe er, Segesser, selbst dabei unter heftigen Zahnschmerzen zu leiden gehabt, eine Folge seines angegriffenen und gestörten Nervensystems. Heuslers Abwesenheit sei mit einem leider sehr triftigen Grunde motiviert gewesen.*

*Der früher erwähnte Lehrer Tanner soll in Schwyz nun eine Versorgung gefunden haben.*

... Segesser, Nationalrat.

#### 91. Segesser an Heusler.

Luzern, 16. November 1852.

*Er dankt Heusler für dessen Bemühungen in Beantwortung seiner Fragen (betreffend Münzwesen im 15. Jahrhundert u. a.)<sup>388</sup>); sein Manuskript sei druckfertig, die Räbersche Offizin aber einstweilen mit andern Arbeiten überhäuft, so daß der Druck noch nicht beginnen könne.*

Was mich vorzüglich bewegt, meine Danksagung für Ihre

<sup>384</sup>) Vgl. hievor Nr. 89.

<sup>385</sup>) Dr. Ludwig Aug. Burckhardt, Quästor der Allg. Geschichtf. Ges., vgl. hievor Nr. 88.

<sup>386</sup>) Regierungsrat Bernh. Rudolf Fetscherin und Lehenkommissär Joh. Rud. Wyß, beide in Bern.

<sup>387</sup>) Prof. Jos. Eutyck Kopp in Luzern. Die Allg. Geschichtf. Ges. tagte am 23. Sept. 1852 in Rapperswil.

<sup>388</sup>) Vgl. hievor Nr. 90.

gefälligen Bemühungen heute schon abgehen zu lassen, ist eine Andeutung in Ihrem Schreiben, welches die Eisenbahnangelegenheit<sup>389)</sup> betrifft und die ich notwendig berichtigen muß. Sie sagen nämlich, es scheine, man habe sich in Luzern nicht entschließen können, von politischen Antipathien abzusehen und die Sache unbefangen aufzufassen. Wenn Herr Bischoff<sup>390)</sup> oder Sie meine gutgemeinten Warnungen vor der Wahl Steigers<sup>391)</sup> zu Ihrem Kommissär in Luzern so aufgefaßt haben, so sind Sie vollständig im Irrtum und ich will mich darüber mit aller Freimütigkeit erklären. Allerdings mußte es die Konservativen in Luzern schmerzen, von Basel aus eine derartige Ohrfeige ganz unverdientermaßen zu erhalten und sich auch in den nachmaligen Aeüßerungen über Verstärkung des Verwaltungsrats usw. gleichsam als nicht existierend betrachtet zu sehen. Deswegen aber hat Herr Knörr<sup>392)</sup> auch nicht eine Stimme im Großen Rate oder in der öffentlichen Meinung für sich gewonnen. Die konservativen Luzerner haben Resignation genug, um nach allen gemachten Erfahrungen sich nicht durch kleinliche Empfinderei in der Auffassung so wichtiger Fragen bestimmen zu lassen. Daher haben wir auch von Anfang an uns für die Basler Konzession ausgesprochen, ohne auf die Persönlichkeit des Herrn Steiger Rücksicht zu nehmen. Daß bei den Konservativen eine aktive Teilnahme am Unternehmen nicht hervortrat, ist begreiflich, da man unserer nicht bedurfte und es offenbar uns nicht zugemutet werden konnte, uns mit Herrn Steiger in Geschäftsbeziehungen einzulassen, die möglicherweise als Hinzudrängen betrachtet werden könnten. Wahr ist, daß im letzten Großen Rate ich und andere uns der Anhörung der Vorschläge des Herrn Knörr nicht widersetzten,

---

<sup>389)</sup> Vgl. hievor Nr. 89.

<sup>390)</sup> Nationalrat Achilles Bischoff, Basel, Vizepräs. des provisor. Verwaltungsrates der Schweizer. Centralbahn; er hatte 1852 die Verhandlungen mit den Luzernern wegen der Konzession für die Bahn geführt.

<sup>391)</sup> Vgl. hievor Nr. 89; (L) Jakob Robert Steiger).

<sup>392)</sup> Friedrich Knörr in Luzern, Bankier, Unternehmer der Dampfschiffahrt auf dem Vierwaldstättersee; er reichte 1852 ein Konzessionsgesuch für eine Eisenbahn von Luzern nach Zofingen ein; es wurde dann aber dem Gesuch der Centralbahn der Vorzug gegeben. Hinter Knörr stand angeblich die Pariser Finanz.

d. h. nicht gegen die Verschiebung der Konzessionserteilung sprachen und stimmten. Allein, das schien mir, abgesehen von Sympathie und Antipathie, denn doch Gerechtigkeit und Billigkeit, zu fordern, daß einem hier niedergelassenen Kaufmann, der Gehör verlangte, dieses nicht verweigert werde, und ich glaubte damit nichts zu präjudizieren. Das habe ich auch Herrn Bischoff gesagt, den ich einmal zufällig gesehen habe, und ihm dabei die Versicherung gegeben, daß ich, was bei mir steht, für die Basler Konzession tun wolle, insoweit ich es tun könne, ohne mich dem Verdacht bloß persönlicher Bestrebungen auszusetzen. Von Seite des Herrn Knörr ist den Konservativen durch dritte Hand zu verstehen gegeben worden, daß, sofern man ihn unterstütze, dafür gesorgt werden soll, daß das Unternehmen kein ausschließliches Parteiunternehmen sein werde, während auf der andern Seite es allen Anschein hat, daß das Basler Unternehmen, soweit es unsern Kanton betrifft, rein im Interesse der Regierungspartei ausgebaut werden soll. Nichtsdestoweniger aber weiß Herr Knörr, wessen er sich von uns zu versehen hat. Wir haben keine Ursache, ihm irgend welches Vertrauen zu schenken. Sie sehen also, verehrtester Herr, daß wir Konservative nicht gesonnen sind, unsern Parteiinteressen das Interesse des Kantons, das wir, abgesehen von der Politik, durch die Basler Gesellschaft besser gewahrt glauben, als durch Herrn Knörr nebst Rothschild und Fould <sup>393</sup>), die mit ihm sein sollen, hintanzusetzen. Ich gestehe Ihnen zwar freimütig, daß wenn ein Unternehmen, das Garantie in sich und für die konservative Partei böte, dem baslerischen gegenüberstünde, ich einiges Bedenken tragen würde; denn wer die Eisenbahn in den Händen hat, gebietet im Kanton Luzern, und ich erkläre offen, daß ich den Unterschied des Glückes nicht einsehe zwischen einem moralisch und materiell ruinösen Regiment einheimischer Radikaler oder auswärtiger Abhängigkeit. Ich will Sie damit nicht beleidigen, daß ich die Befürchtung laut werden lasse, die Eisenbahn möchte in unserm Kanton in radikale Hände kommen, wenn die Konzession an Basel erteilt wird; allein den Anschein hat es, und der Anschein gewinnt dadurch, daß das

---

<sup>393</sup>) Die Pariser Finanz.

Unternehmen vorzüglich in der Hand des Herrn Speiser<sup>394)</sup> liegt, der offenbar kein geborner Basler ist, uns schon den fatalen französischen Münzfuß gebracht hat und gegen den ich als einen Bundesrätler reinsten Wassers eine unüberwindliche Antipathie habe, ohne ihn übrigens zu kennen. Im Großen Rate, der übermorgen zusammentritt, wird es hitzig hergehen: die Sache wird auf eine Weise getrieben, die mir wahrhaft Ekel erregt und die den hohen Grad moralischer Versunkenheit an den Tag legen wird, zu welchem unser Kanton durch das seit 1847 von oben herab eingeführte Betrugs- und Bestechungssystem gekommen ist. Eine Saat ist hier aufgegangen, an welche viele der Säemänner wahrscheinlich nicht gedacht haben. Die Konservativen werden wahrscheinlich mit wenigen durch lokale Stellung bedingten Ausnahmen für die Basler Konzession stimmen: die Sache wird von ganz wenigen Stimmen abhängen. Herr Knörr versichere, die Mehrheit in der Tasche zu haben, was ich jedoch immer noch bezweifle.

Bezüglich der allgemeinen Apathie in der Politik sehe ich selber mit Ihnen als ein Zeichen verzweifelten Zustandes an und komme damit auf meinen Satz zurück, daß wenn je einmal die Schweiz ihrem Untergang entgegengeht, je dazu vollkommen reif ist. Denn ich sehe nirgends mehr republikanische Gesinnung und republikanische Tugend. In der Tat scheint mir, es fehle zur Monarchie nichts mehr als der Monarch, und wenn man heute oder morgen im Hôtel d'Erlach<sup>395)</sup> einen Fürsten sitzen sähe, so würde man keinen Unterschied vermerken und sich wahrscheinlich deswegen nicht einmal sehr erhitzen, wenn er gehörig Phrasen zu machen verstünde.

In Baumgartners<sup>396)</sup> neuem Buch finde ich nach flüch-

<sup>394)</sup> Joh. Jac. Speiser (1813—1856), der hervorragende Basler Finanzmann, 1849 bundesrätl. Münzexperte, 1852 Vorkämpfer und Verwaltungsrat der Centralbahn (vgl. F. Mangold: Basl. Biographien, Bd. II; Ed. His: Basl. Handelsherren, bes. S. 110 ff.). Speiser zählte am ehesten zum konservativen Juste milieu in Basel.

<sup>395)</sup> Der Erlacherhof in Bern, Verwaltungsgebäude des Bundesrates.

<sup>396)</sup> Gallus Jacob Baumgartner, der konservativ-katholische St. Galler Staatsmann, gab 1851 zwei Schriften heraus, die eine betitelt „St. Gallerspiegel“, die andere „Schweizerspiegel, Drei Jahre unter der Bundesverfassung von 1848“; hier wird wohl auf die letztgenannte angespielt.

tiger Durchsicht wenig Gediegenes, viel Altweibergewäsch, steten Hinblick auf eine eidgenössische Anstellung. Man sagt, der alte Mann sei ökonomisch verlegen, allein nichtsdestoweniger dürfte er mehr Charakter zeigen, wenn er übrigens jemals solchen besaß.

Das Unglück, das Ihren Schwiegersohn <sup>397)</sup> betroffen, war mir unbekannt und erweckt meine lebhafteste Teilnahme. Ich hoffe, es werde bald ihm wieder ein besserer Stern leuchten. In Basel findet Talent, Arbeitsamkeit und Redlichkeit immer Hilfsquellen und Aussichten, die anderswo fehlen. Eine kurze Leidensschule, zumal wenn Gott sie einem in der Jugend schickt, wo die Kraft zu tragen noch frisch ist, hat oft einen wunderbaren Einfluß auf das ganze Leben, und mancher geht daraus reicher hervor, als aus ungetrübtem materiellem Glück...

92. Segesser an Heusler.

Luzern, 31. Dezember 1852.

*„Ich hätte schon lange einmal Ihnen oder Herrn Bischoff <sup>398)</sup> schreiben sollen, da mich mein Bruder darum ersuchte. Da ich aber gegen alles, was mit der Eisenbahnangelegenheit zusammenhängt, einen bedeutenden Widerwillen habe, so habe ich es immer aufgeschoben, bis mich endlich der Jahresschluß an die Erledigung rückständiger Sachen mahnt.“*

*Segessers Bruder Ludwig <sup>399)</sup>, zwei Jahre jünger als er, ein Ingenieur, wünschte nämlich bei der Eisenbahnbaute beschäftigt zu werden und bat, ihn zu empfehlen, was Segesser nicht bei Steiger und Placid Meyer, auch nicht bei dem kranken Bischoff ausrichten kann. Ludwig Segesser, in seinem Fache tüchtig, sei Zögling der polytechnischen Schule in Wien gewesen, habe zuerst bei einem Ingenieur in Genf, dann bei Ingenieur Müller von Uri, auch zwei Jahre beim Brücken-*

<sup>397)</sup> Kaufmann Friedrich Siber-Heusler (1825—1895), damals Heuslers einziger Schwiegersohn. Dessen äußere Lebensstellung wurde durch den Tod seines Vaters, des Bandfabrikanten Heinr. Siber-Bischoff († 21. Sept 1852) vorübergehend erschüttert; 1853 trat er in die Bandfabrik Sarasin & Cie ein.

<sup>398)</sup> Achilles Bischoff, vgl. hievor Nr. 91, Anm. 390.

<sup>399)</sup> Ludwig v. Segesser, geb. 1819, Ingenieur, heiratet 1853 Maria Mayr v. Baldegg. Vgl. hievor Nr. 66.

*bau in Bern gearbeitet; dann, als Müller luzernischer Regierungsrat wurde, zog er ihn als Sekretär des Baudepartements nach (1845—1847), beschäftigte ihn dann auch bei der Reußkorrektur. Als Konservativer finde er nun in Luzern wenig Arbeit. Wegen etwas schwächlicher Gesundheit habe er vor Jahresfrist eine Stelle in Ungarn ausschlagen müssen. „Bei tüchtigen Kenntnissen und trefflichem Charakter fehlt ihm nur die heutzutage fast unerläßliche Kunst, sich geltend zu machen.“*

*Segesser spricht sich sodann mißfällig aus über die von Fetscherin <sup>400)</sup> redigierte „historische Zeitung“; jener sei ein Hans Dampf erster Qualität. Es ärgert ihn auch, daß diese Zeitung als Beilage zum „Bund“ erscheint. Er gedenkt daher aus der Geschichtsforschenden Gesellschaft auszutreten; da er nicht Mitarbeiter eines solchen „Lakaienblattes“ sein könne.*

Als Curiosum, das wohl für die „Basler Zeitung“ zu benützen wäre, sei folgendes mitgeteilt. Bekanntlich hat der Große Rat letzthin den Herrn Fürsprech Peter zum Vizestaatsanwalt ernannt; derselbe soll den Hochverratsprozeß <sup>401)</sup> bearbeiten. Der gleiche Herr Vizestaatsanwalt stand vorgestern vor Obergericht der Körperverletzung in einem Raufhandel beklagt und wurde zu 10 Franken Buße und Tragung der Kosten polizeilich verurteilt. Öffentlicher Ankläger gegenüber dem Vizestaatsanwalt war der Staatsanwalt. In diesen Händen liegt der eidgenössische Hochverratsprozeß!

Vielleicht ist Ihnen bekannt geworden, daß ich an der Gemeinde hier mich gegen die Übernahme von Aktien der Centralbahn ausgesprochen habe. Ich tat es mit voller Überzeugung der Richtigkeit meiner Ansichten. Es handelt sich nicht darum, das Unternehmen möglich zu machen, sondern um eine mit den Gemeindszwecken nicht zusammenhängende, von ihnen nicht geforderte Spekulation. Wenn nun einmal

<sup>400)</sup> Vgl. hievon Nr. 44. Regierungsrat Fetscherin (Bern) gab von 1853 an eine „historische Zeitung“ im Namen der Allg. Geschichtsforsch. Gesellschaft heraus als Beilage des Berner „Bund“ (vgl. „Basl. Ztg.“ 1852, Nr. 301 und 310).

<sup>401)</sup> Hoch- und Landesverratsprozeß gegen sonderbündische Regierungsräte, vor allem gegen Constantin Siegwart-Müller und alt Staatsschreiber Bernhard Meyer (vgl. 45 Jahre luz. Staatsd., S. 111 ff.).

der Grundsatz anerkannt ist, daß eine Gemeindemehrheit zu jedem beliebigen Zwecke Steuern dekretieren kann, so haben wir die Herrschaft des Proletariats in gefährlichster Form. Und unsere Gemeinde besitzt kein eigentümliches Vermögen, sondern wenn die Aktienspekulation fehlt, so müssen die Bürger steuern. Die Herren Balthasar und Placid Meyer <sup>402)</sup> haben mittelst sehr gemeiner Umtriebe diesen Beschluß, der wohl nur in ihrem Interesse gefaßt worden, provoziert. Überhaupt ist bedauerlich, wie sehr das baslerische Unternehmen durch seine hiesige Vertretung in der Meinung der besten Volksklassen verliert.

Von der Politik mag ich gar nicht mehr sprechen. Unser Barometer steht tief unter Null. Möge das neue Jahr uns Besseres bringen, zu dem ich Ihnen als alten Freund von Herzen alles Glück und Wohlergehen wünsche...

93. *Segesser an Heusler.*

Luzern, 10. April 1853.

Ich sende Ihnen beiliegend wieder einmal etwas für die „Basler Zeitung“ <sup>403)</sup>, womit Sie indessen nach Belieben verfahren wollen.

Da ich unser eigenes Blättchen <sup>404)</sup> versorgen muß und daneben eine Menge anderer Beschäftigungen habe, so bleibt mir fast keine Zeit, nach auswärts zu korrespondieren, und doch wäre es nötig, unter unsern gegenwärtigen Verhältnissen, die Aufmerksamkeit weiterer Kreise wieder einigermaßen auf unsern Kanton zu lenken. Auf die bevorstehenden Wahlen <sup>405)</sup> sind die Aussichten nicht so übel; indessen steht zu erwarten, daß offizieller Betrug und Gewalt wiederum das ihrige tun werden, um bedeutenden Resultaten zuvor-

<sup>402)</sup> Felix Balthasar (vgl. Nr. 62) und Placid Meyer von Schauensee (1807—1871), liberale Stadträte.

<sup>403)</sup> Wohl die Artikel in der „Basl. Ztg.“: Nr. 87, 89 und 95 vom 14., 16. und 23. April 1853 über den Verkauf der Glasgemälde aus dem Kloster Rathausen und den Verkauf des einstigen Klosters Baldegg.

<sup>404)</sup> Die „Luzerner Zeitung“ von G. J. Bossard; vgl. die ablehnende Haltung, hienach Nr. 95.

<sup>405)</sup> Wohl nur Ersatzwahlen in den Gr. Rat.



zukommen. Es ist halt schlimm, wenn weder bei Behörden, noch bei Gerichten Recht zu finden ist.

Über die orientalische Verwicklung<sup>406)</sup> hätte ich auch Lust, etwas zu schreiben, aber ich weiß nicht wohin; denn in Frankreich und Deutschland hat man es mit der Russenfurcht so weit gebracht, daß fast kein Blatt mehr eine vernünftige Anschauung der Sache zuläßt. Ich ärgere mich ganz vorzüglich über die Stellung, welche die höhere katholische Geistlichkeit in dieser Frage einnimmt: es ist eine höchst beschränkte, pfäffisch-zelotische Verblendung, die diese Stellung bedingt. Denn offenbar sind die konservativen und christlichen Interessen durch Rußland vertreten, und es ist eine der betrübendsten Erscheinungen, daß nicht nur Frankreich, sondern selbst Österreich auf Seite der Revolution treten und sich selbst untergraben.

Wenn allfällig jemand aus Ihrer Bekanntschaft einen Landsitz mit schöner Aussicht für diesen Sommer zu mieten wünscht und nicht gerade am See oder in nächster Nähe der Stadt sein will, so möchte ich den Holzhof<sup>407)</sup> empfehlen. Eine geräumige, wenn auch bescheiden ausgerüstete Wohnung, herrliche Lage, Stallung und Remisen nach Bedürfnis, nicht allzu große Entfernung von Luzern (eine halbe Stunde), tägliche Postverbindung sind Eigenschaften, die sich nicht allenthalben beisammen finden. Ich würde, falls nicht bedeutende Reparaturen und kostbare Einrichtungen verlangt würden, kaum die Hälfte des Mietzinses fordern, den die Eigentümer am See zu verlangen gewohnt sind.

#### 94. *Segesser an Heusler.*

Luzern, 18. September 1853.

In der Darstellung der Luzerner Großratsverhandlungen, welche die heutige „Basler Zeitung“<sup>408)</sup> bringt, erscheint ein Antrag von mir dergestalt, daß der Leser entweder mich für

<sup>406)</sup> Die diplomatische Verwicklung wegen der Vorherrschaft über Konstantinopel, welche zum Ausbruch des Krimkrieges (1853—56) seitens der Türkei, England und Frankreich gegen Rußland führte (vgl. Ed. Fueter: Weltgesch. der letzten 100 Jahre, S. 280 ff.).

<sup>407)</sup> Vgl. hievon Nr. 60, Anm. 237.

<sup>408)</sup> Vgl. „Basl. Ztg.“ Nr. 220 v. 17. Sept. 1853 betr. Segessers Antrag vom 7. Jan. 1853 wegen Herstellung des finanziellen Gleichgewichts im Staatshaushalt.



einen großen Esel halten oder wenigstens zur Ansicht kommen muß, der Redaktor halte mich für einen Esel. Ersteres fängt mir nachgerade an gleichgültig zu werden, denn es ist die beste Philosophie, die einer ergreifen kann, wenn er, während die Partei, für welche er seit Jahren Zeit, Ruhe und Lebensgenuß aufopfert, ihn mehr und mehr zu ignorieren scheint, von der Gegenpartei in dem Maße befeindet wird, wie es mir geschieht: Letzteres aber wäre mir leid, denn zu aller Zeit habe ich auf Ihr Urteil etwas gehalten, und es kam mir daher sonderbar vor, in Ihrem Blatte zu lesen, ich hätte mit Gesetzen, Dekreten und Verordnungen das Defizit des luzernerischen Staatshaushalts balancieren wollen. Um Ihnen persönlich daher darzutun, daß die Abnahme früher auch bei Ihnen in einiger Achtung gestandener Geisteskräfte noch nicht in dieses Stadium vorgeschritten ist, teile ich Ihnen den fraglichen von mir am 7. Januar laufenden Jahres im Großen Rate gestellten und neuerlich in Erinnerung gebrachten Anzug wörtlich mit. Er lautet: „Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Großen Rate auf nächste Sommersitzung einen Vorschlag zu bringen, wie durch Verminderung der ordentlichen Staatsausgaben, nötigenfalls mittels Abänderung bestehender Gesetze und Dekrete, das Gleichgewicht zwischen den Einnahmen und Ausgaben im ordentlichen Staatshaushalt herzustellen sei.“ Dieser vom Großen Rate damals etwas unbedachtsam angenommene Antrag bildet die Basis zu einem Angriff auf das ganze gegenwärtige Verwaltungssystem. Er schließt die Balancierung des Budgets durch Vermehrung der Einnahmen, respektive durch Erhöhung der Steuern aus und gibt mir den Anlaß, wenn er einmal eingebracht wird, alle seit 1847 erlassenen Gesetze, die eine Rückwirkung auf die Finanzen haben, ebenso die Erhöhung des Besoldungsetats in Frage zu stellen und die Polemik gegen die Regierung und das ruinöse System der Verwaltung überhaupt auf das populärste Feld zu tragen. Deshalb auch weicht die Regierung der Diskussion aus und ich dränge nicht gerade dazu, weil der Zeitpunkt nicht günstig ist. Der Anzug erstrebt auch nichts Unnötiges, denn nichts wäre leichter, als das Gleichgewicht herzustellen, statt durch alljährliche Ausfälle unser Staatsvermögen in rascher Progres-

sion auf Null herabzubringen. Begreiflich kann ich, bevor eine Verhandlung im Großen Räte darüber stattgefunden hat, nicht wohl auf die Sache öffentlich eintreten, sonst würde ich dadurch meine Gegner vorbereiten.

Durch die unbegreifliche Indolenz der konservativen Wähler ist letzten Sonntag hier in der Stadt uns der Wahlsieg <sup>409)</sup>, den wir bereits in Händen hatten, entgangen. Die Opposition gegen die Regierung ist hier dergestalt im Wachsen begriffen, daß es nur dieses Sieges bedurft hätte, um ihre Stellung aufs bedenklichste zu gefährden. Andererseits aber ist die konservative Partei unlenksam und träge, die liberale Fraktion, die sich von der herrschenden abwendet, noch sehr mißtrauisch und ihre Färbung wenig bestimmt, so daß ein Erfolg noch in weiter Ferne liegt.

*Er fragt, ob Heusler an die Tagung der Geschichtsforschenden Gesellschaft nach Solothurn <sup>410)</sup> komme und ob er ihn dort treffen werde; was ihn abschrecken würde, wäre das offizielle Gepränge und die Fetscherinsche Zeitung <sup>411)</sup>.*

Was sagen Sie zu Kopp's neuer Zeitschrift <sup>412)</sup>, in der auch ich als Mitarbeiter figuriere? Es ist wieder eine Grille von ihm; wie lang er sie festhalten wird, steht dahin. Ich hätte gerne keinen Anteil daran genommen, allein er drang sehr in mich, und ich habe ihm von der Schule her Verbindlichkeiten, die ich niemals außer Augen lasse, so sehr ich Ursache hätte, mich über die Art zu beklagen, wie er sich gegen mich benahm, als ich als historischer Schriftsteller auftrat. Hätte ich geahnt, daß Herr Probst Leu <sup>413)</sup> auch unter den Mitarbeitern sei, und daß die Zeitschrift ein Tummelplatz für die Jesuitenfresserei sein sollte, so hätte ich mich davon klüglich ferngehalten; denn das ist nun ein veraltetes Steckenpferd, mit dem man sich höchstens bei unserer h. Regierung

<sup>409)</sup> Eine Ersatzwahl in den Gr. Rat am 11. Sept. 1853, in der ein Liberaler (Villiger) über den Konservativen (Ed. Segesser) siegte; vgl. „Basl. Ztg.“ Nr. 216 v. 13. Sept. 1853.

<sup>410)</sup> Versammlung der Allg. Geschichtforsch. Gesellschaft in Solothurn am 27. u. 28. Sept. 1853.

<sup>411)</sup> Vgl. hienach Nr. 92, Anm. 400.

<sup>412)</sup> Die von Prof. Jos. Eutyck Kopp herausgegebenen „Geschichtsblätter aus der Schweiz“ (Luzern, Stockersche Buchhandl.).

<sup>413)</sup> Stiftsprobst Prof. Burkart Leu, vgl. hievon Nr. 71, Anm. 277.

empfiehlt, was zu tun Herr Kopp auch nicht versäumt, wofern es gerade ohne Inkonsequenz geschehen kann. Übrigens gibt der von mir gewählte Stoff mir Anlaß zu Seitenhieben auf die neueste Geschichte, die ich nicht sparen werde.

*Von seiner Luzerner Rechtsgeschichte soll in zwei bis drei Wochen ein weiteres Heft erscheinen; das Manuskript liege seit etwa einem Jahre beim Drucker. Er stecke mit seinen Arbeiten stets im Mittelalter, auch mit den „leidigen Abschiedsrepertorien“ und einer Aufgabe für die Koppische Zeitschrift. „Etwas mehr Beschäftigung mit der Gegenwart würde mir besser zusagen; allein es ist mein Schicksal, brach zu liegen für die Gegenwart.“ ...*

95. Segesser an Heusler.

Luzern, 7. Oktober 1853.

Noch immer liegt mir ob, Ihnen für Ihr wertcs Schreiben und die Berichtigung meines Antrags im Großen Rat zu danken. Ich kann dieses nicht unterlassen, weil ich, wie ich erst aus Ihrem Briefe entnommen habe, wirklich sehr im Unrecht war, bei Ihnen des fraglichen Artikels wegen zu reklamieren. Mein Irrtum rührt daher, daß ich die „Luzerner Zeitung“ <sup>414)</sup> niemals lese, da ich den Redaktor und noch mehr den Konzipienten der Großratsverhandlungen nicht für fähig halte, etwas Lesenswerthes aufs Papier zu bringen. Wenn Sie übrigens sagten, ich scheine noch immer etwas empfindlich zu sein, so muß ich leider bekennen, daß Sie in dieser Beziehung recht haben; nicht daß ich Ihnen gegenüber empfindlich wäre, wozu ich nicht die entfernteste Ursache habe; aber im allgemeinen ist seit geraumer Zeit meine Gemütsstimmung so, daß ich ungemein leicht verletzt bin. Ich verwundere mich bisweilen selbst über diese Schwachheit, wenn ich bedenke, wieviel mehr ich die harten Zeiten von 1848 bis 1852 mit vollkommener Kaltblütigkeit ertrug. Ich empfinde immer schmerzlicher den Mangel einer nützlichen Beschäftigung. Trotz meiner wissenschaftlichen Arbeiten, die mir nichts einbringen, komme ich mir — und wahrscheinlich auch andern — in einer so materiellen Zeit und mitten in dem all-

<sup>414)</sup> Vgl. hievon Nr. 93, Anm. 404.

gemeinen Jagen nach Geschäften, auch in einer Umgebung, für welche wissenschaftliches Leben nun einmal absolut keinen Wert hat, als ein Müßiggänger vor, dessen Leben für ihn selbst und für andere ohne Zweck geworden ist. Die Politik, die ich ex officio in den Ratssälen treiben muß, fängt mir ebenfalls an unausstehlich zu werden; denn ich sehe auch nicht mehr ein, was dabei herauskommen soll. Nach unserer Niederlage im Kampfe<sup>415)</sup> habe ich mit wahrer Begeisterung mich an die Spitze der Opposition in unserm Kanton gestellt, da ich sah, daß ich nun im eidgenössischen und kantonalen Ratssaal den Kampf in ihrem Namen fortsetzen solle, den wir im Felde verloren. Allein jetzt ist alles erschlaft; die republikanische Gesinnung und der Trotz des Besiegten weichen allmählich der vollkommenen Apathie und der Ergebung in ein Geschick, das die Länge der Dauer gleichsam als zum immerwährenden Triumph bestimmt darstellt. Unter solchen Umständen wird die Opposition bloß persönlich; sie ist nicht mehr gehoben durch das Interesse von Tausenden. Wohl sind mir die Leute noch von Herzen zugetan; ich glaube keine Stimme verloren zu haben; allein sie drängen, fragen, hoffen, begeistern nicht mehr durch massenhafte Teilnahme an den Geschäften. Im Anfang hatte die Opposition den Reiz der Gefahr; Kerker, Prozeß, Mordstahl stunden im Hintergrund, und es hatte einen gewissen Reiz, ungebeugten Hauptes dem allem zu trotzen; heutzutage lassen sie sich mit Füßen treten, weil sie wissen, daß man ihnen doch nichts anhaben kann. Was ist Opposition da anders, denn leere Klopffechtere? Überzeugen kann man niemanden, weil von Gewissen und Überzeugung bei derlei Leuten, die Interesse und Solidarität des Verbrechens zusammenhält und in ihren Handlungen zum größten Teil bestimmt, keine Rede ist. Und erst in der Eidgenossenschaft, wie sicher und siegesgewiß ist da die neue Ordnung der Dinge in Mitte des gänzlichen Verfalls altschweizerischen und republikanischen Lebens? Da hat man mich zu einem wahren Popanz gestempelt, dem man der Sonderbarkeit halber gerne zuhört, von dem aber unter anständigen Leuten, unter gemäßigten Konservativen, ohne Achselzucken nicht die Rede sein kann. Da haben Sie zum

<sup>415)</sup> Gemeint ist die Niederlage im Sonderbundskrieg, 1847.

Beispiel — ich kann mich herzlichen Lachens nicht enthalten, indem ich daran denke — von Basel einen vortrefflichen Herrn in den Ständerat geschickt, einen Herrn Merian <sup>416</sup>), der, als er mich zum erstenmal in einer Versammlung konservativer Mitglieder der Bundesversammlung sprechen hörte, in einen solchen Schrecken geriet, daß er fast davongelaufen wäre. Ihr baslerischer Achilles, ich meine nicht den armen Bischoff <sup>417</sup>), sondern meinen verehrten Kollegen, den kriegerischen Herrn Stähelin <sup>418</sup>), der, beiläufig gesagt, viel Wohlwollen für mich hat, nähert sich mir immer, als ob er sagen wollte: Seht, ich kann mit diesem Ketzer sprechen, ohne daß er mich anzubellen wagt, weil ich eben der Stähelin bin! Der gute Bavier <sup>419</sup>) sagt mir unverholen, daß er mich für ein ungeheures Extrem halte; selbst von Herrn Blösch <sup>420</sup>) glaube ich, er sei bisweilen der Meinung, daß ich der konservativen Partei mehr zum Nachteil gereiche. Kurz — obschon mich viele solche Wahrnehmungen in der Bundesversammlung erheitern und mich oft den Ernst der Lage vergessen lassen, komme ich mir doch so als ein Elihu Burrit <sup>421</sup>) im umgekehrten Sinne vor, und die Rolle, die ich vermöge gewissenhaftester Überzeugung spielen muß, erscheint mir oft ebenso eitel und wenig bedeutend für das Leben, als die eines Schauspielers. Sie begreifen, verehrtester Freund, daß alsdann ich wünschen möchte, lieber ein guter Schreiner oder Schuster zu sein, als alle geistigen Bewegungen durchgemacht zu haben, um am Ende zum Gefühl eines nutz- und zwecklosen Daseins zu gelangen.

<sup>416</sup>) Prof. Joh. Rudolf Merian (1797—1871). Mathematiker, Ständerat von 1853—1856, gehörte zum konservativen Juste milieu (vgl. Ed. His: Basl. Staatsmänner, S. 120 f.).

<sup>417</sup>) Achilles Bischoff, alt Nationalrat, vgl. hievon Nr. 91 u. 92 (Anm. 390).

<sup>418</sup>) Segesser schreibt hier wiederholt „Staehelin“; er verwechselt diesen Baslernamen mit dem Namen Stehlin. Gemeint ist hier Oberst Joh. Jak. Stehlin (1803—1879), 1848 Ständerat, 1853 Nationalrat, 1858 Bürgermeister von Basel. Er zählte zu den Basler Liberalen (vgl. Ed. His: Basl. Staatsm., S. 145 ff.).

<sup>419</sup>) Simeon v. Bavier (1825—1896, Graubünden), Nationalrat, später Bundesrat und Gesandter in Rom.

<sup>420</sup>) Eduard Blösch (1807—1866), der Führer der Berner Konservativen, 1851 Nationalrat.

<sup>421</sup>) Elihu Burrit (geb. 1811), amerik. Friedensapostel, der von 1846—50 auch in europ. Städten Vorträge hielt und in allen Sprachen seine „Ölblätter“ herausgab.

Unsere Zeit mahnt mich viel an die Zeiten des Stanser Verkommnisses. Der neue Bund hat ähnliche Resultate, nur brauchte es damals Jahrzehnte und Ströme von Blut, um das alte, wilde Volksleben zu zähmen, während heutzutage fünf Jahre hingereicht haben, um das Schweizervolk seiner Souveränität zu entwöhnen und alle Kraft der Gesinnung in Lahmheit zu verwandeln.

*Er kritisiert das Benehmen von Professor Joseph Eutych Kopp an der Solothurner Tagung der Geschichtsforschenden Gesellschaft; dieser liebe über alles Statutenberatungen und Formalitäten. In den nächsten Tagen werde er die Fortsetzung seiner Luzerner Rechtsgeschichte Heusler zusenden; besonders das siebte Buch über die Staatsverwaltung habe ihm viel Mühe bereitet. In Luzern und in seinen Verhältnissen brauche es Mut oder eingewurzelte Gewohnheit, um das Bedürfnis nach Fortbildung zu haben; ein Gelehrter gelte als untauglich fürs praktische Leben. „Wir sind allerdings von der Platonischen Republik ziemlich weit entfernt.“*

Nächsten Dienstag haben wir große Eisenbahnkomödie<sup>422</sup>). Die Art, wie die Sache betrieben wird, spielt ins Aschgraue. Unsere Regierung ist an schlechte Intriguen so gewöhnt, daß sie, selbst wenn sie das Richtige anstrebt, sich unedler Winkelzüge bedient. Das hat sie in der Eisenbahnsache schon mehrmals getan...

96. Segesser an Heusler.

Luzern, 4. Januar (1853) recte: 1854.

Ich bin Ihnen für die Zusendung Ihres Büchleins<sup>423</sup>) sehr dankbar und habe mir selbes zur Lektüre während der Bundesversammlung aufgehoben. Herrn Professor Kopp<sup>424</sup>) tut es sehr gut, wenn er auch ein wenig an Opposition gewöhnt wird. Unbedingte Autoritäten sind gut in der Kirche, aber ebenso wenig in der Wissenschaft als in der Politik.

<sup>422</sup>) Abänderung des frühern Großratsbeschl. betr. die Centralbahnlinie (13. Okt. 1853), vgl. Segessers 45 Jahre Staatsd., S. 139.

<sup>423</sup>) Heusler veröffentlichte 1854 seinen Vortrag „Der Bund Zürichs mit den vier Waldstätten vom 1. Mai 1351“ (Beiträge zur vaterl. Gesch., Bd. V, Basel); vgl. dazu Dierauer I<sup>1</sup>, S. 221, Anm.

<sup>424</sup>) Prof. Jos. Eutych Kopp, Historiker.



Sie fragen mich, was ich von den gegenwärtigen Zuständen in Luzern halte. Ich habe darüber noch keine ganz gemachte Ansicht. Gegenwärtig scheint es, die Regierung habe allen Boden verloren, und eine Art allgemeiner Überzeugung geht durch das Land, daß sie ihrem Ende entgegengehe. Allein, Sie wissen, wie vorübergehend, wie abhängig von Zufälligkeiten solche Stimmungen sind. Wir haben allerdings die Aussicht, eine ziemliche Fraktion der liberalen Partei zu gemeinsamer Opposition zu gewinnen<sup>425)</sup>, begreiflich nicht ohne uns unsererseits zu gewissen Konzessionen zu verstehen. Mir ist das nicht unlieb; denn es bringt eine Verminderung der Gefahr in den Kampf und eine immerhin wünschbare Mäßigung in den Sieg, wenn solcher erkämpft werden kann. Inwieweit diese Verbindung dann befestigt werden kann, steht freilich dahin. Sie hat das Gute, daß sie an kein Haupt der Partei sich knüpft, sondern meist an Leute, die noch keine Antezedenz von Bedeutung haben. — In der konservativen Partei selbst ist wieder ein regeres Leben erwacht, das allerdings zu besseren Aussichten berechtigen dürfte, wenn wir nicht bereits so viele Täuschungen hinter uns hätten.

Die mit Neujahr erscheinende „Luzerner Wochenzeitung“<sup>426)</sup> sucht die Opposition nach einem kombinierten Plane zu führen, so daß die liberale Fraktion mit eingeschlossen sei — ein etwas schwieriges Unternehmen, an dessen Spitze ich mich selbst gestellt habe, wie Sie wahrscheinlich dem Protokoll entnommen haben, das Ihnen wird zugekommen sein. Indessen bleibt die Redaktion anonym und ruht auch nicht in meiner Hand allein, wovon ich Sie zum Verständnis des Blattes in Kenntnis setzen muß. Ich empfehle Ihnen also dieses Blättchen für die Lucernensia bestens.

Was die eidgenössische Universität betrifft, so bin ich ganz Ihrer Ansicht und freue mich namentlich darüber, wie

---

<sup>425)</sup> Über Segessers Fusionsversuche mit den Rechtsliberalen vgl. K. Müller, S. 273.

<sup>426)</sup> Seit 23. Dez. 1853 gab Segesser die „Luzerner Wochen-Zeitung“ heraus, in welcher er seine eigene Politik, besonders in der Fusionsfrage und in der unkonfessionellen Politik verteidigte. Es erschienen von dieser Zeitung insgesamt 53 Nummern; Ende 1854 ging sie bereits ein; vgl. K. Müller, S. 267.



Sie in der heutigen Nummer der „Basler Zeitung“<sup>427)</sup> dem Neujahrswunsch des elenden Furrer<sup>428)</sup> aufs Dach gegeben haben. Mir ist nichts widerwärtiger als dieser Mensch, ja ich mag sogar den Escher<sup>429)</sup> besser leiden. Durch die Universität sollen die Schweizer geistig eingedrillt werden, wie sie durch das Militärwesen körperlich eingedrillt, entnationalisiert, entrepublikanisiert werden. Allerdings scheint man auf diese Session damit Ernst machen zu wollen, und wir werden es schwerlich hindern können. Allein ich hoffe, es werde der Schluß den endlichen Sturz dieses erbärmlichen Bundesregiments um einen ziemlichen Schritt näher rücken...

97. *Segesser an Heusler.*

Bern, 19. Januar 1854.

Ich beantworte Ihr geehrtes Schreiben vom 16. ds., das ich am ersten Tage der Universitätsdiskussion<sup>430)</sup> erhielt, am vierten Tag dieser unfruchtbaren Wörterschlacht. Niemals ist mir eine Diskussion kälter, gemachter, künstlicher vorgekommen als diese. Niemand spricht mit innerer Überzeugung für die Güte der Sache, selbst der Versuch des Pathos, wo er gemacht wird, mißlingt aufs kläglichste. Und doch kann die Diskussion kein Ende finden. Das Gefühl ist allgemein, daß es eine ganz gemeine Spekulation der Zürcher ist; die untern Schichten der Versammlung für und gegen halten diesen Gesichtspunkt im Auge; dagegen ist den Einsichtigen die Tendenz politischer Zentralisation und ganz besonders berechneter Feindschaft gegen den orthodoxen Katholizismus gegenwärtig; gemeine und höhere Gesichtspunkte treten in dieser Diskussion ziemlich ungeniert und, ich möchte sagen,

<sup>427)</sup> Vgl. „Basl. Ztg.“ Nr. 2 vom 3. Jan. 1854; kritische Bemerkungen gegen den „hochgestellten Korrespondenten“ der „Neuen Zürcher Zeitung“ (ohne Nennung von Furrers Namen).

<sup>428)</sup> Bundesrat Dr. Jonas Furrer. (H)

<sup>429)</sup> Nationalrat Dr. Alfred Escher (Zürich).

<sup>430)</sup> Debatte des Nationalrats über die Errichtung einer eidg. Universität. Der Nationalrat beschloß am 23. Jan. 1854 die Vereinigung von Polytechnikum und Universität in derselben Stadt, was aber die Westschweizer derart erregte, daß der Ständerat diesen Plan am 1. Febr. 1854 verwarf (vgl. E. Gagliardi: A. Escher, S. 244 ff.).

leidenschaftslos hervor. Von Seite der Universitätsfreunde ist es nicht die große Leidenschaft einer Partei, die auf ein geistiges Ziel losgeht, sondern die kalte Berechnung eines Wucherers, der den sichern Gewinn seines Geschäfts vorausieht, in jedem Fall aber sicher ist, nichts zu verlieren, — von Seite der Universitätsgegner, die aus einer Koalition höchst verschiedener Elemente bestehen, das Bewußtsein der Schwäche aller Gründe gegenüber den Berechnungen des Eigennutzes, der allseitig mit ins Spiel gezogen wird. Doch wird im Nationalrat die Mehrheit gering sein, im Ständerat vielleicht gar nicht zustande kommen.

Von dem Sieg der Universität würde ich einen Stoß für das ganze System erwarten, wenn das Schweizervolk noch dasselbe wäre, das es nur vor zehn Jahren noch war. Allein welche Veränderung! Die Hälfte der Nation ist in das bürokratische Gewebe hineingezogen, das sich immer mehr und enger gesponnen über die Eidgenossenschaft ausdehnt und durch die Bande des Eigennutzes und ökonomischer Abhängigkeit die Menge an sich fesselt. Der Geist der Selbständigkeit hat so sehr der Servilität und der allgemeinen Umgestaltung der Begriffe Platz gemacht, daß ich eine energische Erhebung des Volkes in altem Schweizer-sinn für etwas Unmögliches halte. Man lebt in einer Welt falscher Begriffe; wir sind bereits eine Monarchie, es fehlt nur der Monarch, und ich bin sogar überzeugt, daß das Schweizervolk gegenwärtig einen Monarchen leichter ertragen würde als die wahre Freiheit.

Ihre Ansichten über Bern <sup>431)</sup> sind nicht weit von den meinigen. Hier zwar hat man gute Hoffnung. Ich selbst habe keine positiven Gründe, anders zu glauben; allein der allgemeine Eindruck, den ich — ich möchte sagen — aus der Luft ziehe, ist ungünstig für das bestehende System. Vielleicht wird die Feindschaft der Bundesbehörden günstig wirken, aber eben auch nur unter der Voraussetzung, daß das Bernervolk noch Selbständigkeitssinn besitzt.

Daß Sie die Basler Universität erhalten wollen, ist ein für die ganze Schweiz gewiß segensreicher Entschluß. Basel

<sup>431)</sup> Der Brief Heuslers, der seine Ansichten über Bern mitteilte, ist nicht vorhanden.

dürfte, wenn der Druck der Zentraluniversität eintritt, wohl allein imstande sein zu widerstehen. Und wenn nur die konfessionellen Verhältnisse nicht wären, so dürfte Ihre Universität dann eine große Bedeutung erhalten. Da aber wird die Schwierigkeit liegen, eben weil Basel einem entschiedenen, positiven Protestantismus huldigt. Denn gerade deswegen dürfte es Basel schwer sein, dem orthodoxen Katholizismus in seinen Mauern Raum zu gestatten. Und doch müßten orthodoxer Protestantismus und orthodoxer Katholizismus sich gegen die nivellierenden Tendenzen der Zentraluniversität verbinden. Kann ich dazu etwas beitragen, so zählen Sie auf mich; denn ich bin nicht von denjenigen, welche in der am nächsten uns verwandten Gestalt des Protestantismus den größten Feind sieht und auf die Indifferenz proselytischer Hoffnungen stützt — eine nach meinem Dafürhalten beiderseits sehr verkehrte, ich möchte sagen wahrhaft unchristliche Richtung.

Allerdings habe ich das neue Jahr mit einiger Hoffnung angetreten. Viele Fragen müssen in demselben ihre Lösung finden. Große Entscheidungen aber habe ich immer herbeigewünscht: eine entschiedene Niederlage ist am Ende dem ewigen, hoffnungslosen Kampfe vorzuziehen. Jedenfalls denke ich, werde dieses Jahr für meine persönliche Aufgabe entscheidend sein. Sechs Jahre meines Lebens habe ich nun unfruchtbarem Kampfe mit Hintansetzung aller persönlichen Interessen aufgeopfert; es ist Zeit, daß ich einmal vom Schauplatz abtrete, nachdem ich einen energischen Versuch gemacht, ob für meine Bestrebungen Lebenskraft vorhanden sei oder nicht. Und da ich die Sache so auffasse, so kann auch das Scheitern meiner Aussichten mich zwar betrüben, aber nicht niederschlagen. In dem Bewußtsein, Gutes angestrebt und meine Person niemals im Auge gehabt zu haben, wird jedes Schicksal mich nicht unvorbereitet finden, und Gott wird für diejenigen sorgen, die an meine Wege gebunden sind.

Immerhin hoffe ich, daß Ihre Freundschaft mir stetsfort erhalten bleiben wird...

98. *Segesser an Heusler.*

Bern, 9. Februar 1854.

Sie verlangen von mir die Eindrücke zu vernehmen, welche die neue zu Ende gehende Sitzung der Bundesversammlung auf mich gemacht habe. In bestimmte Formen für Ihre Zeitung selbe zu bringen, wäre mir schon der Abspannung wegen nicht möglich, in welche mich die täglich bis nachmittags 3 Uhr dauernden Sitzungen versetzen. Gern aber sage ich Ihnen einige Worte über diesen Eindruck als vertrauliche Privatmitteilung, umso mehr als ich dabei freier sprechen kann, als in einer für Veröffentlichung bestimmten Schrift.

Der Haupteindruck, welchen ich mit mir nach Hause nehme, ist ein ganz neuer und besteht darin, daß dieses eidgenössische Wesen auf dem Punkt angelangt ist, von welchem es bergab zu gehen anfängt. Die Art und Weise, wie die Mehrheit in der Universitätsfrage<sup>432)</sup> zusammengebracht und zusammengehalten werden mußte, ist derart, daß sie den Eindruck der Schwäche macht; die Mittel der Niederträchtigkeit, die nicht gespart wurden, weniger gespart und selbst schlechter verhüllt wurden als jemals vorher, verraten einen Grad der Korruption, wie er noch niemals zutage getreten ist. Dabei scheint auch die Zuversicht etwas gelitten zu haben, denn was man vordem auf bloße angebliche Liebe zum neuen Bunde stützte, muß nun bereits durch allseitige Geldspenden gehalten werden — man macht daraus gar kein Geheimnis mehr. Der Bundesrat selbst scheint in der Versammlung bedeutend Wurzel verloren zu haben, nicht deswegen, weil in derselben ein Umschlag der Meinung erfolgt wäre, sondern durch Unbeholfenheit, Unfähigkeit in Behandlung größerer politischer Fragen usw. So namentlich in der Tessinerfrage<sup>433)</sup> haben sich die Bundesräte in einem der-

---

<sup>432)</sup> Vgl. hievor Nr. 97.

<sup>433)</sup> Gemeint ist wohl der Konflikt mit Österreich wegen Ausweisung der Tessiner aus der Lombardei durch Radetzky (vgl. Bundesbeschluß vom 3. Aug. 1853) und wegen Entfernung lombardischer Kapuziner aus dem Tessin (vgl. Übereinkunft v. 18. März 1855 mit Österreich). Eidg. Ges.-Slg. IV. 374, V. 87 ff.; vgl. Dierauer V. S. 765 f.

maßen kläglichen Licht gezeigt, daß sie bei ihren eigenen Angehörigen Mitleid erweckt haben. Die Versammlung selbst mit ihren Matadoren ist alt und steif geworden, keinen neuen Ideen mehr zugänglich, hat gleichsam selbst das Gefühl, daß sie künstlicher Stützen bedürfe, dagegen sucht sie den Schein der Energie mit alten Phrasenworten zu halten.

Noch nie habe ich das Gefühl so empfunden, daß dieses Ding nicht halten kann — wahrhaftig nicht etwa aus sanguinischer Stimmung; denn in *der* bin ich nicht. Ich habe keine Vorstellung von dem, was nachkommen mag, und besorge gegenteils, uns Konservativen werde die Erbschaft jedenfalls entgehen, da wir unserer Natur nach mehr zum Betrachten als zum Handeln geschickt sind. Unsere gegenwärtige Opposition in beiden Räten ist auch zu wenig energisch und diszipliniert. Im Nationalrat sind wir zu wenig zahlreich, aber im Ständerat ist lediglich durch Mangel an Disziplin ein vollständiger Sieg in der Universitätsfrage vereitelt worden.

Die Universitätsfrage und die durch Veränderung des Namens keineswegs gestillte Bewegung im Kanton Waadt<sup>434)</sup> möchten in Verbindung mit andern Verhältnissen leicht der Ausgangspunkt werden zu einer Bewegung, die allmählich der neuen Helvetik zu Grabe läuten dürfte. Denn die Zentralgewalt, die nun den Artikel 21 der Bundesverfassung<sup>435)</sup> zu örtlichen Bestrebungen im großen Maßstab, Rheinkorrektion, Seelandsentsumpfung usw. gebrauchen muß und gebrauchen will, um in den materiellen Gefühlen einen Boden zu suchen, der ihr in höherer Ordnung durch die Universitätsfrage entgangen ist, muß nun immer auf Steigerung ihrer Einnahmen bedacht sein und dadurch den Druck der Zölle, den Finanzruin der Kantone und die Unzufriedenheit im allgemeinen erhöhen.

In den auswärtigen Angelegenheiten scheint allerhand im Verborgenen vorzugehen. Man bemerkt hier, daß die Equi-

---

<sup>434)</sup> Gemeint ist wohl die, mit Rücksicht auf die Westschweiz, beschlossene Beschränkung auf ein eidg. Polytechnikum (ohne Universität).

<sup>435)</sup> Art. 21 der Bundesverf. von 1848 gab dem Bunde das Recht zur Errichtung und Subvention öffentlicher Werke.

page des französischen Gesandten täglich vor dem Erlacherhof<sup>436)</sup> steht. Die Zeitungsgerüchte kennen Sie, Näheres vernimmt man aber nicht. Zu Interpellationen war bisher nicht genugsamer Anlaß; jetzt ist keine Zeit mehr dazu, denn die gewöhnliche, wenig anständige Treiberei auf Schluß der Session ist in vollem Zug und wahrscheinlich wird heute noch geschlossen.

Hinsichtlich der Bewegung im Kanton Luzern<sup>437)</sup> hoffe ich, Sie werden keinen Anlaß erhalten, konfessionelle Überschreitungen zu bedauern. Wir streben darnach, denselben jeden kirchlichen Anstrich zu benehmen, um nicht mit Religionsgefahr als Waffe und Gegenwaffe zu tun zu haben. Freilich verlieren wir dadurch einigermaßen an Kraft, allein wir behalten die Sache besser in Händen und können eher auf Mitwirkung ehrlicher Liberaler zählen. Die Zehnten-gesetzagitation<sup>438)</sup> ist ohne mein Wissen ganz von unten herauf in Zug gekommen. Freilich hat dann, was ich nur billigen kann, das leitende Komitee der Konservativen damit gemeinsame Sache gemacht, nachdem die Angelegenheit der Überlegung entrückt war. Ich fürchte übrigens, das Veto werde unterliegen, da zu viele materielle Interessen im Spiele sind. Die durch einige Nummern der „Wochenzeitung“ laufenden Artikel über das Zehntgesetz sind von mir: Sie finden darin alles Wesentliche der Frage. Die Bewegung selbst ist nicht etwa rein klerikalisch, sondern hauptsächlich durch die Furcht geleitet, das Zehntkapital könnte in Händen der umwandelnden Behörden in Rauch aufgehen. Ich halte mich bei der ganzen Sache ein wenig beiseite und werde Ihnen später gelegentlich etwas Näheres über diese Agitation und ihr Schicksal mitteilen. Vorderhand betrachte ich sie als einen für unser Volk zwar ehrenhaften, aber verfrühten Losbruch und halte dafür, es sei gut, davon nicht viel in den Blättern außer dem Kanton zu sprechen...

---

<sup>436)</sup> Bundesratsgebäude.

<sup>437)</sup> Konservative Bestrebungen auf eine Revision der Kantonsverfassung.

<sup>438)</sup> Das am 6. Jan. 1854 vom Gr. Rate angenommene neue Zehntengesetz wurde in der folgenden Vetoabstimmung vom Volke verworfen; Segesser hatte gegen das Gesetz gesprochen (vgl. 45 Jahre Staatsdienst, S. 129 bis 132).

99. *Segesser an Heusler.*

Luzern, 25. Juni 1854.

Hochgeachteter Herr!

Ich will den Freitag nicht erwarten, um Ihnen vorderhand privatim eine Bemerkung über die Art und Weise zu machen, mit welcher Sie in Ihrem gestrigen Blatte<sup>439)</sup> die „Wochenzeitung“ apostrophieren.

Wie Sie in fraglicher Zeitung selbst sehen können, ist jener Artikel, worin die betreffende Stelle über Basels Ehrenwort vorkommt, nicht von der Redaktion, sondern eine Einsendung. Die Redaktion selbst hatte sich im gleichen Blatte unter dem Titel „Eisenbahnliches“ anders ausgedrückt — von Basel ist da keine Rede.

Wie Sie in der „Wochenzeitung“ nächsten Freitag lesen werden, so spricht man in Luzern deswegen von Basels Ehrenwort, weil dies wörtlich der Ausdruck ist, welcher in der bekannten Eisenbahnsitzung des Großen Rates von Kopp, Steiger, Placid Meyer<sup>440)</sup> usw. gebraucht wurde. Basels Ehrenwort wurde gegen Knörrs<sup>441)</sup> 800 000 ff. gesetzt. Vernünftigerweise konnte man freilich auch damals nicht Basel als Stadt oder Kanton darunter verstehen; allein man verstand darunter den Handelsstand von Basel, dessen Autorität allerdings für jedermann überwiegend war. Ist nun damals der Name Basels in der Weise mißbraucht worden, daß man uns einige Schwindler statt des sprichwörtlich soliden baslerischen Handelsstandes unter dem Namen „Basel“ darstellte, so liegt die Schuld offenbar an denjenigen, welche das getan haben. Im Publikum spricht man seitdem einfach von „Basel“ und „Knörr“, wie auch im Großen Rate zwischen „Basel“ und „Knörr“ abgestimmt worden ist.

Mir persönlich ist an dieser ganzen Eisenbahnfrage wenig gelegen. Allein ich wüßte nicht, warum ich andere verhin-

<sup>439)</sup> Vgl. „Basl. Ztg.“ Nr. 148 v. 24. Juni 1854, mit der Bemerkung, die Wochenzeitung habe geschrieben: „Basels Ehrenwort ist zum — gegangen“; Heusler erwiderte darauf, Basel habe kein Ehrenwort gegeben, sondern höchstens ein privates Komitee mit Sitz in Basel (Centralbahn).

<sup>440)</sup> Die liberalen Politiker alt Schultheiß Jacob Kopp, alt Regierungsrat J. Rob. Steiger und Großrat Placid Meyer v. Schauensee.

<sup>441)</sup> Vgl. hievor Nr. 90, Anm. 392.



dern sollte, darüber zu sprechen. Und daß in der ganzen Sache von Baslern nicht mit derjenigen Loyalität gehandelt worden ist, welche man bei Altbasel sonst stets zu finden gewohnt war, liegt doch außer allem Zweifel. Ich sagte im Anfang schon, und war in dieser Ansicht nicht allein, daß dieses Geschäft nicht in der Weise an die Hand genommen wurde, wie sonst die Basler Geschäfte betreiben.

Und von Anfang an wurde das Geschäft im Kanton Luzern und aller Einfluß, der damit zusammenhängt, in radikale Hände gegeben. Die Eisenbahn im Kanton Luzern ist ein Instrument in der Hand der Radikalen, und von Basel aus ist sie dazu gemacht worden. Verwundern Sie sich daher nicht, wenn gerade meine Sympathien nicht bei der Sache sind.

Daß nach der in Luzern gäng und gäben Auffassung des Wortes „Basels Ehrenwort“ in dieser Eisenbahnsache eine Beschimpfung Basels als Stadt in jener Einsendung liege, konnte ich deshalb nicht finden, weil dabei kein Mensch an die Stadt Basel, sondern eben nur an die von Herrn Achilles Bischoffs und Speisers<sup>442)</sup> Agenten im Großen Rat zu Luzern gebrauchten Ausdrücke denkt.

Hätten Sie die Sache ruhig angesehen, so würden Sie zu gleicher Ansicht gelangt sein und Ihren Ausfall auf die „Wochenzeitung“ oder, besser gesagt, auf mich unterlassen haben. Glauben Sie übrigens nicht, daß ich eine Berichtigung oder auch nur eine Antwort von Ihrer Seite provozieren wollte: ich gönne Ihnen den Triumph, auf einen Mann losgeschlagen zu haben, auf den alle Welt losschlägt, den Triumph, den Sie erleben werden, daß Ihr Urteil über die einzige konservative Zeitung in Luzern, deren Verhältnis zu mir bekannt ist, vom „Bund“, der „Neuen Zürcher Zeitung“, dem „Eidgenossen“ usw. als Autorität zitiert werden wird. Schon einmal haben Sie in Privatkorrespondenz mit mir durch

<sup>442)</sup> Achilles Bischoff, ehemals Vizepräs., und J. J. Speiser in Basel, Direktor der Schweizer Centralbahn; vgl. hievon Nr. 90. J. J. Speiser ersuchte mit Schreiben vom 14. Aug. 1854 Heusler, auf Segesser einzuwirken, damit dieser die Pläne der Centralbahn nicht bekämpfe und die Politik dabei aus dem Spiele lasse. Heusler lehnte (16. Aug.) diese Intervention ab, da er eben erst mit Segesser einen Streit wegen der Centralbahn gehabt habe (Priv.-Arch. 328, E 147).

eine mir unerklärliche Interpretation eines Briefes von mir herausgebracht, ich habe Ihre Vaterstadt beschimpfen wollen<sup>443</sup>). Es scheint dieses unberechtigte Vorurteil bei Ihnen zur fixen Idee geworden zu sein. Als Sie damals in einem Tone zu mir sprachen, der mir die Abbrechung unserer freundschaftlichen Verhältnisse unvermeidlich zu machen schien, tat es mir weh; denn Ihre Freundschaft *war* mir von hohem Wert. Jetzt kann Ihr alles Maß übersteigender Ausfall in einem öffentlichen Blatte mich kalt lassen, denn er berechtigt mich zu der Annahme, daß jenes Verhältnis zwischen uns überhaupt nicht mehr besteht. Gewohnt, allein zu stehen und, von feigherzigen Freunden verlassen, den wütendsten und niederträchtigsten Verfolgungen zu trotzen, ist es für mich nur ein Gewinn zu wissen, wessen ich mich zu jedermann zu versehen habe. In dieser Beziehung habe ich Ihnen für Ihren Artikel zu danken.

Mit Hochachtung...

100. *Segesser an Heusler.*

Luzern, 13. Oktober 1854.

Hochgeachteter Herr!

*Er dankt für die Zusendung von Heuslers Arbeit über den Bauernkrieg<sup>444</sup>), den er, sobald die politischen Geschäfte, die ihn zurzeit belasten, erledigt seien, lesen werde.*

*Er nimmt an, Heusler habe vom Verlag Räder die letzte Lieferung der Luzerner Rechtsgeschichte erhalten. „Gern möchte ich, wenn Sie Zeit finden, das Buch zu lesen, Ihr Urteil darüber vernehmen. Ohne Selbstüberschätzung glaube ich, es sei wenigstens so viel wert als Blumers Buch<sup>445</sup>), wofür er von den Zürchern zum Doctor juris ist ernannt worden. Selbst die akademischen Würden scheinen politisch zu werden.“*

<sup>443</sup>) Vgl. hievon Nr. 72, 73 und 74.

<sup>444</sup>) Heusler gab 1854 die Broschüre heraus: Der Bauernkrieg von 1653 in der Landschaft Basel (Neukirch, H. Georg).

<sup>445</sup>) Joh. Jac. Blumer (Gerichtspräs. in Glarus, später liberaler Ständerat und Bundesrichter) veröffentlichte 1850 den 1. Band seiner Staats- und Rechtsgeschichte der schweizer. Demokratien (d. h. Landsgemeindekantone); der 2. Band folgte 1858.

*Inmitte des Revisionslärms werde er nun noch seine Beiträge zum Stanser Verkommnis<sup>446)</sup> schreiben, als letzten Beitrag zu Kopps Zeitschrift, da deren Redaktor Steigers Tochtermann, Abraham Stocker, der nominelle Redaktor des „Eidgenossen“, sei. Es übersteige seine Geduld, sich wöchentlich zweimal ausschelten zu lassen vom Verleger; nur Kopp zuliebe habe er bis jetzt mitgewirkt.*

Und nun ein paar Worte über unsere politischen Zustände. Wenn Sie die „Wochenzeitung“, die ich nun seit längerer Zeit ganz allein schreibe, fortwährend gelesen haben, so ist Ihnen der innere Gang der Bewegung, die wir angefangen haben, klar. Der äußere ist nicht sehr erfreulich. Eine Fusion mit unzufriedenen Liberalen strebten wir schon lange an<sup>447)</sup>; viele machten Miene, uns entgegenzukommen, allein ich muß gestehen, nicht alle freuten mich gerade. Diese übrigens waren es, die mehr als die Strengkonservativen zu dem Entschluß, die Revision zu versuchen, hindrängten. Nun scheinen sie, wie noch allemal, uns im Stich lassen zu wollen. Ich meinerseits habe auf diesen Herbst einen Revisionsversuch gewünscht, denn einmal kann auch eine Niederlage jetzt weniger schaden, als voriges und nächstes Jahr, Wahlen stehen keine bevor und auf moralische Effekte ist heutzutage nicht mehr viel zu geben; sie dauern zum wenigsten nicht lange. Dann war es mir auch persönlich daran gelegen, einmal zu wissen, ob das Volk auf meine Ideen eingehen wolle und sich dafür zu einer Kraftanstrengung zu ermannen vermöge, nachdem man alljährlich mir den Vorwurf zu langen Zauderns von vielen Seiten her machte. Denn eine Stellung, wie ich sie in unserm Großen Rate der Regierung gegenüber habe, ist mir ohne die Überzeugung, daß sie ein Bedürfnis für das Volk sei, nicht mehr länger einzuhalten möglich. Der wütendste Haß konzentriert sich auf meine Person, die größte und dümmste Verdächtigung hängt sich an jedes meiner Worte, an jede meiner Handlungen. Und in mir wächst Ekel und Verachtung dieses Treibens in dem Maße, daß mir

<sup>446)</sup> Segesser publizierte in Kopps Geschichtsblättern: Beiträge zur Geschichte des Stanser Verkommnisses (Stocker'sche Buchh., 1860); auch in Segessers Samml. kl. Schriften Bd. II, S. 1 ff.

<sup>447)</sup> Segessers Fusionsbestrebungen endeten 1854 mit einem Mißerfolg vgl. K. Müller, S. 273 f., 294 f.

ein kollegialisches Verhältnis mit diesen Hundeseelen, die alle meine Kräfte und die schönsten Jahre, die ich mit Resignation dem Lande gewidmet, brachgelegt haben, beinahe unausstehlich wird. Die Probe aber wird, das sehe ich mit Bestimmtheit voraus, übel ausfallen. Eine bleierne Gleichgültigkeit lähmt die konservative Masse, Feigheit und Eigennutz viele aus den höhern Klassen. Die unzufriedenen Liberalen sind eingeschüchtert, zurückgeschreckt; die übrig gebliebenen hemmen eher die Einheit der Bewegung. Eine Menge Konservativer scheinen geradezu keinen Anteil nehmen zu wollen, einige aus bloßer Feigheit, andere weil ihnen die Fusionsidee nicht recht liegt, die bei unserm Parteienstande doch notwendig ist, noch andere weil sie in jedem Angriff materieller Fragen das Schreckbild des Kommunismus vor sich sehen. Die liberale Geistlichkeit, des Zehntens nunmehr sicher, arbeitet größtenteils gegen uns. Unter diesen Umständen möchte ich wünschen, es wäre nichts begonnen und ich hätte den schönen Herbst, der allemal mir ein Heimweh nach den Funden meiner Jugend erweckt, angenehm für mich zugebracht. Allein es heißt nun einmal: *jacta est alea*; ein Zurückgehen von diesem Standpunkt wäre auch eine Niederlage. Und so muß es denn durchgehauen sein, gehe es, wie es wolle. Gelingt es wider alles Erwarten, so zweifle ich nicht, daß ein schönes Werk des Friedens sich ohne große Schwierigkeiten aufbauen lasse; fehlt's, so stehen wir nicht weit hinter dem zurück, was wir jetzt haben, und meine Stellung wird etwas freier.

In Betreff der Nationalratswahlen <sup>448)</sup> werden wir schwerlich einen allgemeinen Kampf wagen. Unser Wahlmodus macht es fast unmöglich. Wir müßten förmliche Werbdepots errichten und die Leute bezahlen, sonst unternehmen sie diese Reisen nicht; sie haben ein zu entferntes Interesse an diesen eidgenössischen Stellen. Wahrscheinlich wird's also in allen drei Kreisen bei dem alten bleiben. Wäre das Wahldekret verändert worden, so hätte ich wahrscheinlich freiwillig verzichtet; so aber mag ich den zweiten Kreis nicht auch aufs Spiel setzen. Auch im Nationalrat scheint mir übrigens meine Stellung eine überflüssige. Von vorneherein

<sup>448)</sup> Nationalratswahlen vom Okt. 1854; Segesser wurde wiedergewählt.

ist da der Bann über mich gesprochen worden; die Feinde bekämpfe ich nutzlos, viele Freunde sehen in mir eher ein Hindernis, als eine Hilfe.

Überhaupt ist mein Geschick im öffentlichen Leben eigentümlicher Art. Während ich eine Kraft in mir fühle, die über die engen und kläglichen Verhältnisse herausgeht, in denen wir stecken, ist mir jede Entwicklung derselben abgeschnitten und sie geht nutzlos zu Grunde, während ringsum nur Schwäche die Interessen in der Hand hält, die wir in der Schweiz verfechten. Selbst in der Wissenschaft ist es gelungen, mich so zu isolieren, daß mein Name unbekannt geblieben ist und jeder Schmierer sich größern Rufs erfreut als ich. Ich klage nicht darüber; in ein paar Jahren ist ja doch alles Staub und Asche, was hienieden glänzt und wirkt. Aber schon oft habe ich der Spur jener revolutionären Kraft nachgeforscht, die so konsequent und umfassend auf mein und wahrscheinlich noch vieler andern ganzes Dasein drückt, und ich bin gewiß, daß da eine geheime soziale Organisation zu Grunde liegt, welche auch Größeres als die Verfolgung Einzelner zustande bringt.

Der orientalische Krieg <sup>449)</sup> beschäftigt mich fast mehr als unsere Revision <sup>450)</sup>; dort wird die Zukunft Europas entschieden. Wird Rußland von seinem europäischen Einfluß zurückgedrängt, so fällt nach meiner Überzeugung mit einem Schlage das vornehme Gebäude des mitteleuropäischen Staatsgebäudes (sic) auseinander.

Doch ich sehe, daß ich gedankenlos zugeschrieben und Sie mit einer Menge Sachen unterhalten habe, die Sie eigentlich nicht viel interessieren können...

#### 101. *Segesser an Heusler.*

Bern, 9. Juli 1856.

*Er dankt für die Zusendung eines Exemplars von Heuslers „Bauernkrieg“; das früher erhaltene Exemplar <sup>451)</sup>, das unter Bundesblättern verlegt war, hat sich seither gefunden.*

<sup>449)</sup> Krimkrieg, vgl. hievor Nr. 93, Anm. 406.

<sup>450)</sup> Konservative Bestrebungen nach Revision der Luzerner Kantonsverfassung.

<sup>451)</sup> Vgl. hievor Nr. 100.